

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M., (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezugspreis 3,97 M., einschließlich 90 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandabonnements 5,95 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Postzuschuss 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal. Die Abdruckgebühren für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Mittwoch“ Sonntagsbeilage „Volk und Welt“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Nonparzellierung 40 Pf. Kassenzeile 8.— Pf. „Kleine Angelegenheiten“ des letzten Monats 25 Pf. (schuldig zum letzten Monats Ende), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 12. Tarif. Streifenpreise des ersten Monats 10 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. März über 13 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pf. Familienanzeigen Zeile 40 Pf. Angelegenheiten im Hauptgeschäft Einblendung 3. wochentags von 11 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht geeigneter Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 205—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. H. u. Disch.-Gel., Postfach 1., Jerusalemstr. 65/66.

Wir kämpfen!

Die ersten Massenaktionen im neuen Jahr.

Der Gewerkschaftsrat Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold trat gestern zu einer Sitzung zusammen, um die nach Ablauf des Weihnachtsfestes erforderlichen Maßnahmen zu beschließen. In der Sitzung kam erneut der ungebrochene Kampfwille des Reichsbanners zum Ausdruck. Die Reichsbannerarbeit, insbesondere die technische, wird in geeigneter Form mit unverminderter Energie fortgesetzt. Mit besonderem Nachdruck sind über die für die Bildung der Eisernen Front erforderlichen Maßnahmen durchzuführen.

Neben diesen internen Arbeiten teilt das Berliner Reichsbanner mit einer Reihe großer politischer Aktionen zum Angriff an, deren erste am kommenden Freitag unter der Parole „Unser der Staat — Unser die Macht — Wir greifen an!“ stattfindet. Lokale und Redner werden noch bekanntgegeben.

50 Versammlungen in der Nordmark.

Kiel, 4. Januar.

Die Sozialdemokratische Partei, der ADGB, der UFA-Bund, der UFA, des Sportpartei und das Reichsbanner von Schleswig-Holstein haben zum Jahreswechsel einen gemeinsamen Aufruf erlassen: „1932. Wir greifen an!“ Die Ueberwältigung des Faschismus wird darin als das nächste gemeinsame Ziel bezeichnet. Den Aufruf zum neuen Kampf bilden 50 Versammlungen, von denen 20 heute abend stattfanden, 20 morgen, 10 übermorgen abgehalten werden. Redner sind Luffe Schröder, Biester, Breccour, Loni Jensen, Richter, Bugdahn, Verdiet, Peters-Hochborn, Würgensen und zahlreiche andere Genossen aus Schleswig-Holstein.

Funktionärversammlungen der SPD. in Schlesien.

Östlich, 4. Januar. (Eigenbericht.)

In Klesko, Lauban, Landeshut, Liegnitz und Neusalz wurden gestern fünf große von über 2000 Funktionären der Sozialdemokratischen Partei besuchte Tagungen abgehalten, bei denen u. a. die Mitglieder des Parteivorstandes Dittmann, Crispian und Vogel und die Reichstagsabgeordneten Larnow und Heilig sprachen. In allen Versammlungen wurde eine Entschliebung angenommen, die erklärt, die Arbeiterklasse werde den Kampf gegen den Faschismus mit dem Einsatz aller Kräfte energisch fortsetzen. „Die Teilnehmer der Konferenz — so schließt diese Resolution — rufen allen

Feinden der Arbeiterklasse zu: Wir beugen uns nicht, wir kämpfen.“ Im übrigen wird neben prinzipiellen Forderungen zur Völkerverständigung, zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise usw. auch von der Preislenkungsaktion der Reichsregierung gesprochen und gesagt, die Arbeiterschaft erwarte die Einlösung des Versprechens, die Senkung der Preise den Lohnsenkungen anzupassen.

Ältestenrat am 12. Januar.

Vorzeitige Reichstagswahlwahrscheinlichkeit.

Reichstagspräsident Lohse hat den Ältestenrat des Reichstages für Dienstag, den 12. Januar, 11 Uhr vormittags, einberufen, um eine Entscheidung über den neuen Antrag der Kommunisten auf vorzeitige Reichstagswahl herbeizuführen.

Angeht die internationale Lage und der schwedischen und bevorstehenden internationalen Verhandlungen wird in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß der Antrag auf vorzeitige Einberufung des Reichstages auch diesmal keine Mehrheit finden wird.

Best-Verfahren geht weiter.

Nationalsozialistische Falschmeldung.

Die von nationalsozialistischer Seite aus Hessen verbreitete Meldung, daß das Hochverratsverfahren gegen den Verfasser der Vogheimer Dokumente, Assessor Best, eingestellt worden sei, entspricht nach einer Mitteilung des Reichsgerichts nicht den Tatsachen. Die Ermittlungen werden vielmehr fortgesetzt. Beauftragt mit dem Verfahren ist der zum Untersuchungsrichter ernannte Reichsgerichtsrat Jöllner.

2300 USA-Banken geschlossen. Nach einem dem Repräsentantenhaus zugegangenen amtlichen Bericht haben über 2300 Banken mit zwei Milliarden Dollar Einlagen in dem am 31. Oktober zu Ende gegangenen Jahre ihre Schalter geschlossen. Die Finanzkommission des Senats, die eine Untersuchung über die ausländischen Anleihe-Emissionen der amerikanischen Großbanken führt, stellt fest, daß die Banken seit Kriegsende mindestens 200 Millionen Dollar an diesen ausländischen Anleihen verdient haben.

Der Berliner Konflikt.

Eingreifen des Oberbürgermeisters.

Gestern abend nahmen die Funktionäre der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Berliner städtischen Gas- und Wasserwerke nochmals zu dem Tarifkonflikt in ihren Betrieben Stellung.

Der Bevollmächtigte des Gesamtverbandes, Genosse Schaum, teilte den Funktionären mit, daß die Gewerkschaften seit der letzten Funktionärsversammlung am Mittwoch voriger Woche alles versucht haben, den Konfliktstoff aus der Welt zu schaffen. In Verfolg dieser Bemühungen haben gestern mit leitenden Stellen des Berliner Metallrats Besprechungen stattgefunden. Den Gewerkschaften ist vom Bürgermeister Lange in Stellvertretung des Oberbürgermeisters mitgeteilt worden, daß heute, Dienstagvormittag, nochmals Verhandlungen geführt werden sollen mit dem Ziel, den Konflikt in den Gas- und Wasserwerken und bei der BVG. beizulegen.

Genosse Schaum brachte unter Zustimmung der Funktionäre wiederholt zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften den Konflikt, der für die Berliner Bevölkerung sehr ernste Folgen haben würde, nicht heraufbeschworen haben. Die Gewerkschaften sind bemüht, den Streit friedlich zu schlichten; sie sind aber nicht gewillt, den über den Rahmen der Vierten Notverordnung hinausgehenden Lohnabbau hinzunehmen. Genosse Schaum empfahl den Funktionären, angesichts der am Dienstag stattfindenden Verhandlungen eine Vereinbarung in den Betrieben noch nicht vorzunehmen, sondern den Obleuten der Betriebe, die am Mittwochvormittag zusammentreten, die Entscheidung über den Beginn der Urabstimmung zu übertragen. Dieses hinauschieben der Urabstimmung ist eine organisatorische und tatsächliche Notwendigkeit.

Von zwei Funktionären wurde dem Vorschlag des Genossen Schaum, die Entscheidung über den Beginn der Urabstimmung den

Betriebsobleuten zu überlassen, widersprochen und gefordert, ungeachtet der nochmaligen Verhandlungen am Dienstag die Urabstimmung sofort vorzunehmen.

Genosse Polenke vom Hauptvorstand des Gesamtverbandes warnte die Funktionäre vor einem derartig übereilten Beschluß. Auch er trat, ebenso wie Genosse Schaum, der in der kommunistischen Presse ausgestellten Behauptung entgegen, daß die verantwortlichen Verbandsführer die Bewegung verzerren wollen. Er betonte mit allem Nachdruck, daß der Hauptvorstand des Gesamtverbandes fest entschlossen sei, mit allen verfügbaren Mitteln die über das Maß der in der Vierten Notverordnung verfügten Lohnsenkungen hinausgehenden Lohnreduzierungen abzuwehren.

Gegen 12 Stimmen traten die Funktionäre noch kurzer Aussprache dem Vorschlag des Genossen Schaum bei.

Der Beschluß der Funktionäre ist zu begrüßen, ebenso der Entschluß des Oberbürgermeisters, einen Vermittlungsversuch zu machen. Finanziell ist die Differenz so geringfügig, daß sie in keinem Verhältnis zu den wirtschaftlichen und politischen Folgen des Konflikts steht. Für die vier Monate, während der der Tarifvertrag noch läuft, beträgt die Differenz insgesamt bei der BVG. rund 150 000 M., bei den Gaswerken 100 000 M. und bei den Wasserwerken etwa 25 000 M. Das sind nicht Beträge, die die Existenz der Werke in Frage stellen können. Man darf auch nicht vergessen, daß die Arbeiter der städtischen Werke ohnehin von dem neuen Lohnabbau von 10 Proz. hart getroffen werden. Die Berliner Bevölkerung kann mit Recht verlangen, daß heute der Weg zur Verständigung gefunden und beschritten wird.

Die Arbeitsämter Berlins

Ist eine Umorganisation notwendig?

Von Carl Stigle.

Seit Bestehen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat die Hauptstelle mehrfach die Organisation der Berliner Arbeitsämter einer Prüfung mit dem Ziel einer Veränderung der Organisationsgrundlage unterzogen. Dabei kam es weniger auf die äußere Form der Organisation, als auf die Funktion des Apparats in der Facharbeitervermittlung und der Arbeitslosenversicherung an. Mannigfache Veränderungen oder vermeintliche Verbesserungen wurden vorgeschlagen. Soweit es sich dabei um wirkliche Verbesserungen des technischen Apparats handelte, waren die Gewerkschaften immer bereit, sie zu akzeptieren. Organisatorische Vorschläge aber, die auf eine Beeinträchtigung des gewerkschaftlichen Einflusses bzw. des schon sehr kümmerlichen Selbstverwaltungsrechtes hinausliefen, stießen auf ihren Widerstand.

Das Problem der Berliner Arbeitsmarktorganisation war von jeher umstritten. In der letzten Zeit — vom 15. April bis 15. Juli 1931 — hat der Reichsparatkommissar die Berliner Arbeitsämter einer Prüfung unterzogen. Diese Prüfung erfolgte nur unter dem Gesichtspunkt der Sparbarkeit, nicht auch unter dem der Zweckmäßigkeit. In einem umfangreichen Gutachten von über 400 Schreibmaschinenseiten ist das Ergebnis dieser Prüfung nebst Vorschlägen für eine Umorganisation niedergelegt. Die Statistik, die einen besonders großen Umfang in dem Gutachten einnimmt, ist durchaus ansehbar. Das Zahlenmaterial ist so zusammengestellt, wie man es eben braucht, um zu beweisen, daß in Zukunft an Stelle von 2929 planmäßigen Arbeitskräften 1716 ausreichen — also 613 weniger —, um die Arbeit in der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu bewältigen. Dabei weiß jedes Kind in Berlin, daß die Arbeitsamtsangestellten jetzt schon ungeheuerlich überlastet sind und es einfach unmenschlich ist, diesen unwürdigen Zustand durch einen so rigorosen Abbau noch zu verschlimmern.

Was will nun der Spartenkommissar an der Organisation der Berliner Arbeitsämter ändern? Er findet, daß in Berlin, im Gegensatz zu allen übrigen Arbeitsämtern, Vermittlung und Versicherung nicht eng miteinander verbunden ist. Auf eine andere Formel gebracht, heißt das: die bisherige zentralisierte Facharbeitervermittlung in Berlin soll dezentralisiert, das heißt zerlegt werden, um diese enge Verbindung herbeizuführen. Diese Frage ist die primäre. Die sekundäre Frage, die dabei noch eine Rolle spielt, ist die, ob es in Berlin bei der Zahl von 9 Arbeitsämtern verbleiben soll, oder ob man 6 bis 7 oder gar nur ein Amt für zweckmäßig hält. Nimmt man die beiden Arbeitsämter Teltow und Niederbarnim-Osthavelland noch hinzu, die ihren Sitz ebenfalls in Berlin haben, dann sind nicht 9, sondern 11 Arbeitsämter bei der geplanten Umorganisation zugrunde zu legen. Eine Einsparnis ist bei den vorgeschlagenen Änderungen kaum zu erwarten. In seinen Darlegungen in dieser Frage kann man dem Spartenkommissar jedoch durchaus folgen. Anders ist es in der Frage der Facharbeitervermittlung.

Die Vermittlung von Facharbeitern erfolgt in Berlin grundsätzlich durch Fachabteilungen der verschiedenen Industrie- und Berufsgruppen von einer Zentralstelle aus für das gesamte Wirtschaftsgebiet. Diese Fachabteilungen sind dem Arbeitsamt Berlin-Mitte angeschlossen und gelten als gemeinsame Fachabteilungen der Berliner Arbeitsämter. Dadurch ist den arbeitslosen Facharbeitern, die im Bereich der Berliner Arbeitsämter wohnen, die Möglichkeit gegeben, sich an dem gesamten Arbeitsmarkt innerhalb ihrer Fachabteilung des Berliner Wirtschaftsgebietes bei der Befragung von Facharbeiterstellen zu beteiligen. Es besteht eine allgemeine Ueberblick von zentraler Stelle aus über den Stand des Arbeitsmarktes jedes einzelnen Industrie- und Gewerbebezuges. Die Arbeitslosigkeit verteilt sich somit gleichmäßig auf die in einer Fachgruppe vorhandenen Arbeitslosen im ganzen Berliner Wirtschaftsgebiet.

Der Spartenkommissar behauptet nun, daß es nicht gelungen sei, dieses Prinzip durchzuführen. Es seien von allen Berliner Arbeitsämtern Fachvermittlungen vorgenommen worden. Auch sei innerhalb der einzelnen Fachabteilungen eine regionale Aufteilung erfolgt. Wenn nun gelegentlich in einigen Berliner Randarbeitsämtern ein Maler oder sonst ein Facharbeiter vermittelt wurde, oder

wenn einige größere Fachabteilungen, wie Metallindustrie oder Gastwirtschaften, Zweigstellen errichtet haben, so beweist das noch nichts gegen die Richtigkeit der zentralisierten Fachvermittlung in Berlin. Die Errichtung von Zweigstellen steht auch jetzt noch im Belieben der Fachauschüsse und steht nicht im Widerspruch zur zentralen Organisation der Fachabteilungen. Ein Monopol in der Arbeitsvermittlung besteht für die Reichsanstalt nicht. Hätten wir das, dann könnte man vieles besser sein.

Nun macht der Sparkommissar den Vorschlag, die Fachabteilungen auf alle Berliner Arbeitsämter zu verteilen. Der Vorschlag ist nicht neu. Er ist bereits vor einem Jahr vom Präsidenten des Landesarbeitsamtes gemacht worden. Aber schon damals fand er keine Gegenliebe bei den Gewerkschaften, auch nicht bei den Arbeitgeberorganisationen. Der Zustand wird dadurch nicht geändert, daß die arbeitslosen Facharbeiter für die Vermittlung von der Fachabteilung erfährt werden und hinsichtlich der Betreuung durch die Arbeitslosenversicherung sich nach wie vor auf die übrigen Arbeitsämter verteilen. Der Gedankengang des Sparkommissars geht aber dahin, solche Fachabteilungen nur für größere Industriegruppen vorzusehen, während alle kleineren Berufsgruppen aufzulösen wären und die Vermittlung durch die Landesarbeitsämter erfolgen soll. Eine Ausnahme läßt er zu für die Filmarbeiter. Mit dieser Ausnahme wirft er aber seine ganze Argumentation für seinen Vorschlag über den Haufen. Als ob diese Ausnahmestellung nicht auch für alle anderen kleineren Berufsgruppen zu begründen wäre!

Die Vermittlung und Versicherung wird auch nach dem Vorschlag des Sparkommissars nicht eng miteinander vergebend ist. Will man aber dem Facharbeiter in dem Arbeitslosenversicherung nach wie vor der Wohnbezirk maßgebend ist. Will man aber den Facharbeiter in dem Arbeitsamt die Unterstützung auszahlen, so keine Fachabteilung angegliedert ist, dann hat er jede Woche zwei- bis dreimal den weiten Weg zurückzulegen mit der Ausbückung neuer Kosten durch Ausgabe von Fahrgeld. Bei dem jetzigen System konnte dies einigermaßen vermieden werden. Gewiß haben auch die Gewerkschaften, als die Erwerbslosenfürsorge und die Arbeitsämter sich noch in kommunalen Händen befanden, gefordert, daß Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in einer Organisation zusammengefaßt werden sollen. Das bedeutet aber nicht, daß in einem Wirtschaftsgebiet wie Berlin eine räumlich enge Verbindung zwischen diesen beiden Aufgabengebieten durchzuführen ist. Berlin ist eben auch in dieser Hinsicht mit keiner anderen Stadt des Reichs zu vergleichen. Die Struktur des Berliner Arbeitsmarktes ist eine andere. Die jetzige Berliner Arbeitsmarktorganisation ist kein plötzlich entstandenes Gebilde. Sie hat sich organisch aus den früheren paritätischen und Verbandsnachweisen, sowie den kommunalen Arbeitsämtern heraus entwickelt. Hier kann man nicht mit rauher Hand eingreifen und zerschlagen, was in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut wurde.

Nun denkt man auch an eine andere Lösung des Problems. Die Fachabteilungen sollen beseitigt werden. Es wird behauptet, daß eine Ueberspannung des Begriffs „Facharbeiter“ vorhanden sei. In einer Reihe von Beispielen wird das in dem Gutachten des Sparkommissars zu beweisen versucht. Diese Beispiele beweisen jedoch gar nichts. Es braucht deshalb darauf nicht näher eingegangen zu werden. Es kommt auf die Kernfrage an: Wer ist Facharbeiter? Facharbeiter ist nicht nur derjenige, der eine drei- oder vierjährige Lehrzeit durchgemacht hat, sondern Facharbeiter ist auch, wer sich in einem Industrie- oder Gewerbegebiet bestimmte fachliche Kenntnisse angeeignet hat. Welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um dann beim Arbeitsloswerden in einer Fachabteilung eingetragen werden zu können, darüber entscheidet der Fachauschuss. Zeigen sich bei dem jetzigen System der Facharbeitervermittlung Mängel oder entstehen unbillige Härten, dann ist der Fachauschuss dazu berufen, diese zu beseitigen. Bei der fortschreitenden Technisierung und Typisierung im Produktionsprozeß verrichtet der handwerklich gelernte Arbeiter vielfach dieselbe Arbeit wie der angelernte Arbeiter.

Für Sparamkeit in den Berliner Arbeitsämtern in der jetzigen Notzeit haben auch wir alles Verständnis. Aber kein Verständnis haben wir für die Methode der Sparamkeit, sie nur in Berlin anzuwenden zu wollen. Wenn man schon glaubt, daß auch innerhalb der Reichsanstalt mehr gespart werden kann, dann dürfte es wohl notwendig sein, die gesamte Reichsanstalt zu reorganisieren. Es ist doch bekannt, daß eine ganze Anzahl kleiner und kleinster Arbeitsämter mit 8 bis 12 Angestellten vorhanden sind. Man denkt jedoch nicht daran, eine Verringerung der Zahl der Arbeitsämter im ganzen Reich eintreten zu lassen. Auch daran denkt man nicht, zum Beispiel die räumlich weit entfernte und durch andere Länder getrennte Pfalz vom Landesarbeitsamt Bayern abzutrennen und dem Landesarbeitsamt Südwestdeutschland anzugliedern. Warum versucht man immer nur in Berlin herumzudoktern?

Wenn man keine besseren Vorschläge für eine Umorganisation der Berliner Arbeitsämter hat, wie sie der Sparkommissar macht und wie sie bereits früher gemacht wurden, dann soll man es schon lieber bei dem jetzigen Zustand belassen. Weiter soll man endlich einmal mit der fortgesetzten Beunruhigung in den Berliner Arbeitsämtern Schluss machen und so lange warten, bis man bessere Vorschläge gefunden hat, um eine Umorganisation vorzunehmen. Das Wah ist voll! Auch in den Berliner Arbeitsämtern muß endlich einmal Ruhe eintreten!

Demissionskomödie in Belgrad. Nach dem gestern abgehaltenen Ministerrat überreichte das Kabinett Jivković dem König seine Demission. Der Ministerpräsident begründete sie gegenüber seinen Mitarbeitern damit, daß die Aufgabe der Regierung nach dem Erlaß der „Verfassung“ vom 3. September und den Wahlen zum Parlament erledigt sei. Das Ganze ist eine Komödie. General Jivković wird wieder betraut werden und nur einige Personalsänderungen vornehmen.

Koalitionstrach im Klages-Lande.

Kampf um den Braunschweiger Staatsbankpräsidenten.

Braunschweig, 4. Januar. (Eigenbericht.)

Im Braunschweiger Regierungslager ist ein heftiger Strach im Gange. Nazis und Deutschnationale beschuldigen sich gegenseitig der Korruption. Neuerdings hat die Hege der Nazis den deutschnationalen Staatsminister Dr. Kiecherthal zu der Erklärung veranlaßt, daß er bei der Staatsbank niemals ein Konto unterhalten, niemals irgendwelche Beziehungen gesellschaftlicher oder persönlicher Art mit den Mitgliedern des Direktoriums gepflogen und er sich auch niemals um die Stellung des Staatsbankpräsidenten bemüht habe.

Dem Strach liegt ein Vorfall bei der Braunschweiger Staatsbank zugrunde. Der Präsident dieser Bank hat kürzlich Aktien der Heimstädter Hütte an den ischdischen Rühlig-Konzern verkauft. Die Nationalsozialisten beantragten daraufhin gegen die Staatsbankleitung eine parlamentarische Untersuchung. Bis zur Klärung der Angelegenheit hat der deutschnationale Finanzminister Dr. Kiecherthal den Staatsbankpräsidenten auf dessen Bitte beurlaubt. Das aber genügt den Nationalsozialisten nicht. Sie verlangen die Amtsenthebung des Staatsbankpräsidenten und die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen ihn, trotzdem bisher konkrete Beschuldigungen gegen den Staatsbankpräsidenten keineswegs vorliegen. Infolgedessen sträubten sich außer den Deutschnationalen auch die Volksparteier, der Forderung der Nationalsozialisten zu entsprechen. Die ablehnende Haltung der Volkspartei ist schließlich auch darauf zurückzuführen, daß der beurlaubte Staatsbankpräsident ihr als Mitglied angehört.

Er will ins Irrenhaus!

Ein nationalsozialistischer Held.

Slag, 4. Januar. (Eigenbericht.)

Der 53jährige nationalsozialistische Buchhalter Neumann wurde hier wegen Vergehens gegen das Republikshukgesetz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Neumann hatte nach einem verlorenen Prozeß an den Oberstaatsanwalt aus Verärgerung eine offene Karte gerichtet, auf der es hieß: „Die Rechtsauffassung des Oberstaatsanwalts sindel nur bei Strophen, Banditen, bei jesuitischem und marxistischem Gesindel Anklag. Diese Rechtsauffassung ist nur möglich in dem verpesteten, stinkenden System, das sich vom Volksbetrug nährt. Wir sprechen uns wieder, Herr Oberstaatsanwalt! Hell Hölle!“

Als der Staatsanwalt gegen den Räpel drei Monate Gefängnis beantragt hat, flehte der „rauhe Kämpfer“ Hillers das Gericht folgendermaßen an: „Schicken Sie mich zum Nervenarzt, meine Herren! Er wird sagen, der Mann gehört nicht ins Gefängnis, sondern in eine Nervenheilanstalt!“ Trotzdem wurden dem Räpel mildernde Umstände verweigert. Immerhin hat er die Chance, angeichts seiner Berrücktheit bei Hillers noch einmal etwas zu werden.

Abgewiesene Nazi-Schadenersatzklage.

Sie wollten 9092 Mark vom preussischen Fiskus wegen eines Presseverbots.

Hannover, 4. Januar. (Eigenbericht.)

Das hannoversche Nazitorgan, das im März vorigen Jahres vom Oberpräsidenten Roske wegen Beleidigung des preussischen Ministerpräsidenten und des verstorbenen Reichs-

kanzlers Hermann Müller auf drei Wochen verboten worden war und auf Grund dessen Beschwerde beim Reichsgericht das Verbot auf zwei Wochen befristet wurde, hatte gegen den preussischen Ministerpräsidenten und den Oberpräsidenten eine Schadenersatzklage in Höhe von 9092 Mark angestrengt. Die Klage ist jetzt von der dritten Zivilkammer des Landgerichts Hannover abgewiesen worden.

In der Begründung des Urteils heißt es, daß sich Oberpräsident Roske keine Amtspflichtverletzung habe zuschulden kommen lassen und auch kein materiell unbegründetes Verbot erlassen habe. Daß die Beklagten (Oberpräsident und Ministerpräsident) in dem Artikel einen Verstoß gegen das Gesetz erblickt haben, könne nicht als jahrlässiges Verhalten angesehen werden. Auch die Behandlung der Beschwerde sei nicht jahrlässig gewesen.

Helldorf-Prozeß mit Angeklagten-Chor.

Röntgenal-Verurteilter als Berichterstatter.

Der Helldorf-Prozeß nahm gestern seinen normalen Verlauf, was so normal heißt. Graf Helldorf, der sich immer noch nicht wohl fühlte, entfernte sich freiwillig aus dem Gerichtssaal. Die Verhandlung nahm ohne ihn seinen Fortgang. Helldorfs Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Tribel, meinte, sein Klient würde am Mittwoch bereits auf dem Posten sein.

Am Nachmittag entfernte sich auch der Angeklagte Pawlik freiwillig und auf kurze Zeit der Angeklagte Wisjersti. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Ohnesorge, schien Sorge zu haben, daß auch bei den übrigen Angeklagten die Uebung eintreten könnte, sich freiwillig zu entfernen. Er sprach deshalb die energische Mahnung aus, daß in Zukunft doch sämtliche Angeklagten anwesend sein möchten.

Von den Schupoleuten mußten vier wieder unternommen nach Hause geschickt werden. Die Zeugen haben keinen leichten Stand. Sie machen ihre Aussagen in einer ausgesprochen feindlichen Stimmung. Der Angeklagte Fedtke, bei dem ein feststehendes Messer gefunden wurde, glaubte z. B. dem Polizeiwachmeister in einer Form Vorhaltungen machen zu dürfen, daß der Vorsitzende ihn zur Ordnung rufen mußte. Die übrigen Angeklagten bilden mitunter so was wie den Chor in der Tragödie. Durch mehr oder weniger lautes Murren und Zwischenrufe machen sie ihren Gefühlen Luft, und einer der Angeklagten hielt es sogar für angebracht, den allgemeinen Lärm durch Klopfen mit seinem Stiefel zu erhöhen. Dem Vorsitzenden war dies Verhalten entgangen. Erst als Staatsanwaltschaltersrat Dr. Stenig ihn auf dieses eigenartige Stiefelklopfen aufmerksam machte, riigte er das Verhalten und mahnte zur Ordnung. Man kann sich nach all dem lebhaft vorstellen, wie es bei der Vernehmung der jüdischen Zeugen werden dürfte!

Auf den Berichterstatterbänken sah man gestern zur Ueberbückung einen alten Bekannten, den man im Röntgenal-Prozeß auf der Anklagebank kennengelernt hatte: Herrn von Zittwitz, der wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todeserfolg und schweren Landfriedensbruchs zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Herr v. Zittwitz ist im November vorigen Jahres wegen Heilungsunfähigkeit — er sollte sich einer Blinddarmpoperation unterziehen — aus der Haft entlassen worden. Sein Gesundheitszustand scheint sich gütlich sehr gebessert zu haben, und zur Gerichtsberichterstattung scheint er angeichts seiner Gerichtserfahrung (auf der Anklagebank) und in Anbetracht dem Urteil gegenüber ganz besonders qualifiziert...

Deutschland hat schon repariert!

Eine offiziöse deutsche Aufstellung.

Ueber die Wiederaufbaukosten des französischen besetzten Gebiets sind die verschiedensten Mitteilungen verbreitet worden. Von zuständiger Stelle wird dazu folgendes mitgeteilt: Nach Anlage 14 zum französischen Haushaltsentwurf für 1932 betragen die Gesamtschäden im ehemals besetzten französischen Gebiet 98 Milliarden Papierfranken. Davon müssen abgezogen werden 5,8 Milliarden für Schäden an öffentlichem Eigentum und 12,5 Milliarden für Zinszahlungen und Verwaltungskosten. Nach deutscher Auffassung kommen demnach auf Grund der Lansing-Note von 1918 für Deutschland als Schuld in Frage 79,6 Milliarden Papierfranken (etwa 13,5 Milliarden Mark).

Der französische Arbeitsminister Deligne hat 1931 in einem Vortrag festgestellt, daß sich der Gesamtaufwand für die Sachschäden im französischen besetzten Gebiet auf 80,1 Milliarden Papierfranken beziffert. Da wir noch amerikanischer Auffassung schon mindestens 34 Milliarden Mark bezahlt haben, von denen Frankreich etwa 18 Milliarden Mark erhalten hat, so hat Deutschland demgemäß schon mehr für die Aufbauschäden bezahlt als nötig war.

Rationalistenangriffe auf „Dépêche de Toulouse“

Der Vorschlag der „Dépêche“ von Toulouse, endgültig auf die deutschen Reparationszahlungen zu verzichten, stößt in den übrigen französischen Zeitungen allgemein auf Ablehnung.

Der „Temps“ beschränkt sich vorläufig auf die Feststellung, daß man in dem Artikel der „Dépêche“ eine Melodie erkenne, die schon oft von dem Sozialisten Leon Blum gesungen worden sei.

Der gemäßigete „Paris Midl“ schreibt: „Wie kann man gegenwärtig etwas Endgültiges schaffen? Heute ist das Endgültige nur auf dem Gebiet der Opfer möglich, aber nicht auf dem Gebiet der Garantien. Frankreich kann sehr wohl ohne Hoffnung auf einen Gegendienst auf jede Zahlung Deutschlands verzichten, aber wenn es als Gegenleistung ein Mindestmaß von Sicherheit politischer oder finanzieller Art verlangt, stößt es auf ein doppeltes Hindernis: Washington und Berlin. Wie können, wenn Amerika bezahlt werden will, seine Schuldner Deutschland von jeder Zahlung befreien?“

Der nationalistische „Figaro“ erklärt, der Vorschlag der „Dépêche“ fordere geradezu zum Spott heraus. Seine erste Folge bestände darin, das Einsehen Hitlers zu erhöhen und das Gefühl seiner Stärke wieder zu erwecken. Die Nazis würden das Recht haben, zu verlangen, daß sie durch die Furcht, die sie einschleichen, die Agenten der Tribut-Annullierung gewesen sind. Dadurch würde dann, was sowohl im Programm der Nazis wie in dem der Weimarer Parteien stehe, die Wiederherstellung Großdeutschlands mit Hilfe

des Anschlusses, die Rückgabe des polnischen Korridors, Polnisch-Obererschlesiens, Copen und Kalmehys und trotz Locarno des Elbaj folgen.

Schuldensfreichung nur gegen Vertragsrevision.

Washington, 4. Januar.

Das republikanische Mitglied des Repräsentantenhauses Britten erklärte, wenn die fremden Mächte weiterhin eine „unverlorene Unnachgiebigkeit“ an den Tag legten und die Streichung der Kriegsschulden verlangten, so sollten sie dann wenigstens auch der Revision des Versailler Vertrages zustimmen. Der Kongreß sei am Ende seines Pflichtwillens angelangt und werde sich nicht länger täuschen lassen. Im Hinblick auf den Feldzug, den die Mächte, wie man hier erwartet, für eine Herabsetzung der Schulden führen würden, nahm Britten Bezug auf die abgetretenen deutschen Kolonien und führte aus: Niemand kann den Sachwert dieser Kolonien schätzen, jedoch kann angenommen werden, daß ihr Wert die Deutschland auferlegten Young-Plan-Zahlungen um ein Vielfaches übersteigt. Abgesehen von den schrecklichen Todesopfern eines Krieges, der vergebens gekämpft wurde, ist Frankreich und England bereits zu viel bezahlt worden; jetzt sollten sie tun, was sie immer predigen, und alle Reparationen streichen sowie den Versailler Vertrag revidieren.

Ein Ausschuß der demokratischen Partei hat sich für die Ausarbeitung einer Vorlage ausgesprochen, die den Präsidenten Hoover ermächtigen soll, eine internationale Wirtschaftskonferenz einzuberufen, um eine Senkung der internationalen Zolltarife herbeizuführen. Die Vorlage soll dem Repräsentantenhaus unterbreitet werden.

Neue Hoover-Botschaft an den Kongreß.

Washington, 4. Januar.

In einer Sonderbotschaft an den heute wieder zusammengesetzten Kongreß ersucht Präsident Hoover den Kongreß dringend, sich unverzüglich mit dem Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zu beschäftigen, das er dem Kongreß Anfang Dezember vorgelegt hat. Dieses Programm sieht unter anderem Hilfsmaßnahmen für die Farmer sowie die Schaffung einer großen Gesellschaft vor, die Handelsunternehmen Darlehen gewähren soll.

Blutige Jährenfälle in Spanien. In Epila in der Provinz Saragossa verließen mehrere hundert Arbeiter gemaisam, die Zuderfabrik stillzulegen. Als die Guardia Civil einschritt, wurde sie von der Arbeiterkraft mit scharfen Schüssen empfangen. Sie erwiderte das Feuer und tötete zwei Arbeiter; vier wurden schwer und mehrere andere leicht verletzt. Zwei Priester, die in Pamplona bei Bilbao einen Spaziergang machten, wurden von Arbeitlosen durch Schüsse aus dem Hinterhalt schwer verletzt. Der Leiter des Gendarmekorps General Sanjurjo fordert von der Regierung in kategorischer Form sofortiges energisches Vorgehen gegen die Unruhestifter und soll gedroht haben, sonst selbst die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

China drahtet dem Völkerbund.

Gegen die Besetzung Tschintschous.

Schanghai, 4. Januar. (Eigenbericht.)

Die chinesische Regierung hat den Völkerbund telegraphisch um die sofortige Einberufung des Völkerbundsrates ersucht. Der Antrag wird mit der Besetzung von Tschintschau durch die Japaner begründet.

Die chinesische Regierung hat anlässlich des neuen Vormarsches der Japaner westlich des Flusses Siao eine Note an den Völkerbundsrat gerichtet, in der sie Japan für alle Folgen der legitimen Verteidigung ihres Landes verantwortlich macht. Unter Verletzung der Verträge und Bruch der dem Völkerbund gegenüber eingegangenen Verpflichtungen habe Japan neue schwere Kämpfe hervorgerufen. Die Erklärung des japanischen Außenministers, daß die neue Offensive eine Schutzmaßnahme gegen Banditen darstelle, widerspreche vollkommen den Tatsachen. Noch am 27. Dezember 1931 sei eine gemischte Brigade aus Korea zu den Offensivtruppen geholt worden. Die Kämpfe hätten ausschließlich der regulären chinesischen Armee- und Polizeitruppe gegolten. Am Schluß der Note, die vom 31. Dezember 1931 datiert ist, werden vom Rat sofort wirksame Maßnahmen verlangt.

Der englische Militärattaché in Tschintschau meldet, daß die Chinesen alle Truppen aus der Stadt zurückgezogen haben. Er bestätigt ferner die chinesischen Telegramme an den Völkerbund, nach denen die Japaner große Truppenverstärkungen erhalten und bei ihrer Offensive zahlreiche chinesische Städte und Dörfer sowie Tschintschau selbst bombardiert haben.

Amerikanischer Rüstungswahnsinn.

Für 2,5 Milliarden Ersatzbauaufträge!

Washington, 4. Januar.

Der Vorsitzende des Marinenausschusses im Repräsentantenhaus, Blanton, teilte mit, dem Hause werde morgen eine Vorlage über den Bau von 120 neuen Kriegsschiffen zugehen, die mit einem Kostenaufwand von 616 250 000 Dollar, verteilt auf die nächsten zehn Jahre, erbaut werden sollen. Mit Ausnahme von zwei Flugzeug-Militärschiffen, sollen durch diese Bauten veraltete Schiffe ersetzt werden. Das Programm, das mit Unterstützung des Marineamtes aufgestellt worden ist, sieht auch die Fertigstellung von 16 im Bau befindlichen Kriegsschiffen vor.

Der Washingtoner Korrespondent der „New York Times“ will erfahren haben, daß das amerikanische Marine-Departement die Pläne für fünf im Bau befindliche 10 000-Tonnen-„Vertragskreuzer“ abgeändert hat, um aus diesen Fahrzeugen Schlachtschiffe nach dem Vorbild des Panzerschiffes „Deutschland“ zu machen.

Sozialisten werden verleumdet!

Niederträchtige Dehereien vor Gericht zusammengebrochen.

Halle, 4. Januar. (Eigenbericht.)

Gegen den sozialdemokratischen Vorleser der Arbeitergemeinschaft Untertauschenthal Bruno Böllge hatten reaktionäre Kreise eine grobangelegte Hege eingeleitet. Selbst im Preussischen Landtag wurden mehrere Anfragen eingebracht.

Vor einem Jahre erreichten die Marginalisten dem Staatsanwalt eine Liste von über 50 Anklagepunkten. Nach längerer Untersuchung schälten sich ganze vier als einigermaßen haltbar heraus. Vor dem Großen Schöffengericht Halle ließ die Staatsanwaltschaft nach vielstündiger Verhandlung selbst drei Punkte fallen, und nur wegen eines einzigen wurde Bestrafung verlangt. Das Gericht erkannte in allen Fällen auf Freisprechung.

Eine gleiche Hege wurde gegen den sozialdemokratischen Amtsrichter Schmidt in Brochwitz bei Halle eingeleitet. Schmidt wurde beschuldigt, Versicherungsgelder in Höhe von 1600 Mark, die er als Gemeindevorsteher im Wege der Landfeuerlokalität eingezogen hatte, unterschlagen zu haben. Auch hier erfolgte vor dem Schöffengericht glatter Freispruch von der Anklage der Amtsunterschlagung.

Ganz sicheren Erfolg versprochen sich die großkapitalistische Kreise mit ihrer Aktion gegen den sozialdemokratischen Direktor des Arbeitsamtes Bitterfeld, Feldmann. Monatlang zehrte die lokale und natürlich auch die kommunistische Presse von diesem „sozialdemokratischen Korruptionskandale“. Und der Erfolg? Das eingehende Ermittlungsverfahren wurde jetzt von der Staatsanwaltschaft eingestellt, weil dem Genossen Feldmann auch nicht eine einzige Verfehlung nachgewiesen werden konnte!

Der Strafella-Geist gebannt.

Abwehrrfolg der Bundesbahner.

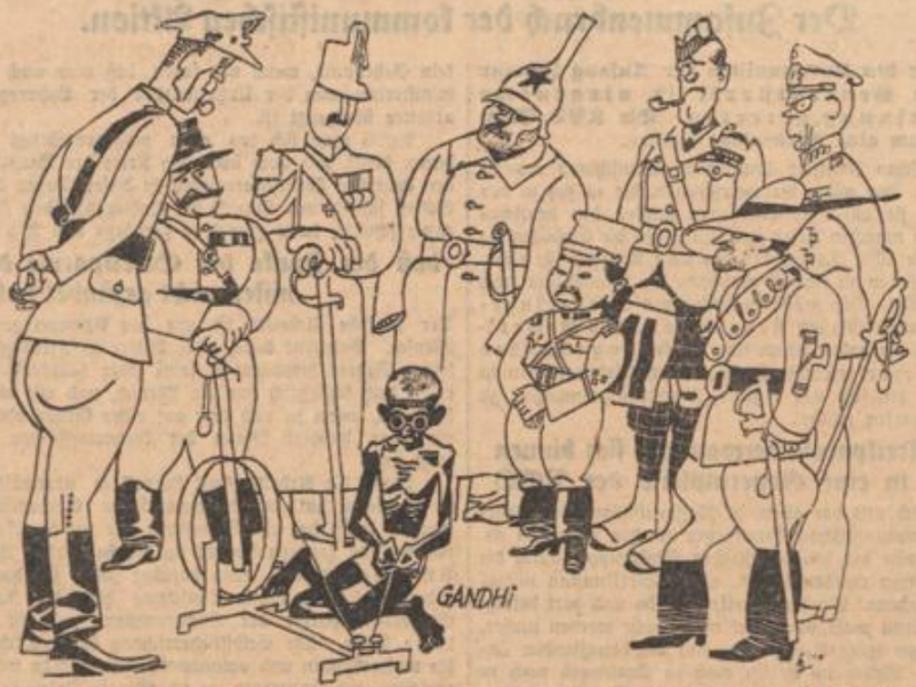
Den ausschlaggebenden Wert einer stets kampfbereiten Organisation für Arbeiter und Angestellte haben längst nicht nur diese, sondern auch die Unternehmer und im öffentlichen Dienst auch die Bergesehten erkannt. Glauben die letzteren den Betrieb im kapitalistischen Sinn führen zu müssen, so streben sie bald danach, die Organisation durch Zurückdrängung und möglichst auch durch Terrorismus zu schädigen. Das hat in Deutschösterreich Herr Strafella versucht, den die Heimwehrregierung Baugoin-Starckberg zur Leitung der Bundesbahn berief. Er ist längst wieder von dieser Stelle entfernt, der von der „Arbeiter-Zeitung“ geführte Nachweis dunkler Schieberereien hat ihn darum gebracht. Aber die Tendenz, das Personal der Bundesbahn ebenso zu „reformieren“, wie das Herrn Baugoin beim Bundesheer gelungen ist, wirkt weiter. Neben der neuen Gehaltsreduktion wollte man auch die Rechte des Personals stark verschlechtern. Dem energischen Auftreten der Sozialdemokratie im Parlament wie der Organisation außerhalb und der beginnenden passiven Resistenz im Bahndienst, also der buchstäblichen und stark verzögernd wirkenden Ausführung der Vorschriften, ist es gelungen, einen beträchtlichen Abwehrrfolg zu erreichen.

Entgegen den Vorschlägen der Regierung bleibt es dabei, daß Dienstordnung, Personalerechtigungsordnung und Pensionsvorschrift nur durch Vereinbarung abgeändert werden können, nicht durch einseitiges Diktat der Verwaltungskommission und auch nicht durch Entscheidung eines Schiedsgerichts.

Auch eine Verkleinerung der Gehaltskürzung ist erreicht worden, indem eine untere Grenze für sie bei Eisenbahnern mit Nebeneinkommen und Pensionisten mit Unfallrente vereinbart worden ist.

Flugzeugfabrik Biériot geschlossen. Die bekannte französische Militärflugzeugfabrik Biériot hat ihre Pforten geschlossen und die letzten 135 Arbeiter entlassen. Die Direktion der Firma hat in einem Rundschreiben mitgeteilt, daß sie nicht mehr in der Lage sei, den Betrieb weiter aufrecht zu erhalten, weil die französische Regierung ihre Versprechungen nicht gehalten und verschiedene bereits gelieferte Bestellungen noch nicht bezahlt habe. Biériot hat vor mehr als zwanzig Jahren als erster den Kanal überflogen.

Gandhi.



Die Militärs: „Werkwürdig, daß dieser winzige Zivilist eine Macht darstellt.“

Die Kraftprobe in Indien.

Neue scharfe Maßnahmen der Regierung.

London, 4. Januar. (Eigenbericht.)

Die Verhaftung Gandhis hat es klar gemacht, daß die indische Regierung den Stimmen, die zur Zurückhaltung und Nachgiebigkeit mahnten, kein Gehör zu schenken gedenkt. Die vier neuen Verordnungen, die inzwischen bekanntgemacht worden sind, beseitigen auch den letzten Zweifel hieran. Sie machen den Kongreß ungefährlich, so daß seine Organisationen jederzeit und überall in Indien aufgelöst werden können. Die Regierung will die dem Kongreß zur Verfügung stehenden Automobilen beschlagnahmen und seine Mitglieder, ebenso wie seine finanziellen Unterstützer an der Benutzung der Bahn und Post verhindern. Die Behörden können Verhaftungen vornehmen und die Gefangenen ohne Untersuchung im Gewahrsam behalten. Das Verbot des Boykotts zur gewaltlosen Ausübung des Boykotts ist verboten.

Gandhi ist in das Gefängnis von Puna eingeliefert worden, das er nun zum drittenmal betritt. Die Polizei hatte die Telegraphen und Telefone dort unter Kontrolle gestellt, so daß die Bevölkerung nichts von der bevorstehenden Ankunft des Mahatma wußte. In Bombay löste der Kongreß sein Komitee wegen des Verbotes auf und ernannte stattdessen einen Kriegsrat.

Größere Kundgebungen fanden in Bombay statt. In den Umjungen beteiligten sich etwa 50 000 Menschen. Die Demonstrationen verliefen bisher ruhig. Zwei Flugzettel wurden am Montagvormittag in der Stadt verteilt, auf denen die Bevölkerung zu einer dreitägigen Arbeitsruhe und zu großen Demonstrationen aufgerufen wurde.

Die Ereignisse in Indien haben sich in den wenigen Tagen seit der Rückkehr Gandhis aus London überhäuft. Was der Führer der indischen Nationalistenpartei in seiner Schlussrede auf der „Konferenz am Runden Tisch“ nur vorsichtig und unklar angedeutet hatte, nämlich die Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Kampfes gegen die britische Oberherrschaft als Antwort auf die ungenügenden Konferenzergebnisse, ist schnell zur Tatsache geworden.

Es ist nicht ganz einfach, wenn man die Vorgänge in Indien nüchtern und objektiv zu betrachten versucht, ein klares Urteil über die Schuldfrage im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung zu fällen. Daß der englische Regierungswechsel im Spätsommer des vergangenen Jahres die Erfolgsaussichten der Londoner Konferenz nicht gerade vergrößert hatte, läßt sich nicht bestreiten. Immerhin wurden die eigentlichen antindischen Scharfmacher unter den Konservativen, insbesondere Winston Churchill, von der neuen Regierung bewußt ferngehalten. Die „Nationale Regierung“ bekannte sich ausdrücklich und vorbehaltlos zu der Indienpolitik des Labourkabinetts. Die Londoner Konferenz scheiterte — wenigstens äußerlich — nicht so sehr an dem Mangel an Entgegenkommen durch die Engländer als an den Gegensätzen unter den indischen Delegierten, vor allem zwischen Hindus und Mohammedanern. Aber auch die indischen Fürsten, ebenso wie die Vertreter der Parsas lehnten die Ansprüche Gandhis und seiner Freunde von der Kongreßpartei ab, weil sie, genau so wie die Mohammedaner von einer schrankenlosen Herrschaft der nationalistischen Hindus ohne britische Oberkontrolle, nichts Gutes erwarteten. Das ist der nackte Tatsachenstand, an dem man bei aller instruktiven Sympathie für den Freiheitsdrang der Mehrheit der indischen Bevölkerung nicht achtlos vorübergehen kann.

War indessen alles, was sich seit dem Ende der „Konferenz am Runden Tisch“ ereignet hat, unvermeidlich? Das ist eine andere Frage. Es scheint, daß es auf beiden Seiten an gutem Willen gefehlt hat und daß man hingegen auf beiden Seiten es auf eine baldige Kraftprobe hat ankommen lassen. Während sich Gandhi nach auf der Rückreise befand, ereigneten sich vor allem in den nordwestlichen Provinzen Unruhen und Gewalttaten, die der Vizekönig Lord Willingdon mit der Verhängung des Belagerungszustandes beantwortete. Gandhi trat vor etwa einer Woche in Bombay ein und fand dort eine gemüterschwangere Atmosphäre vor. Er hat nichts getan, um die Gemüter zu beruhigen, vielmehr die Aufhebung der Ordnungen des Vizekönigs als Voraussetzung für die Bermeidung des abermaligen Ausbruchs der Aufhebungsbewegung gefordert.

Die englische Arbeiterpartei hat durch ein Telegramm

ihres parlamentarischen Führers Lansbury an Lord Willingdon zum Ausdruck gebracht, daß sie ein Einlenken des Vertreters der britischen Krone für wünschenswert hielt. Vielleicht kam diese Mahnung zu spät, wahrscheinlicher ist es aber, daß die jetzige englische Regierung aus Prestige- und Zweckmäßigkeitsgründen ein Zurückweichen in dem jetzigen Zeitpunkt gar nicht mehr wollte: sie hält anscheinend den Augenblick für günstig, zur Offensive überzugehen.

Die englische Regierung und die anglo-indischen Behörden halten ihre moralische Lage heute offenbar für weit besser als vor dem Londoner Einigungsversuch. Nur so ist es zu erklären, daß sie die Drohung Gandhis mit der unverzüglichen Wiederaufnahme des Ungehorsams gegen die Befehle, des Steuerstreiks und des Boykotts britischer Waren mit seiner sofortigen Verhaftung beantwortet haben. Sie haben auch den Präsidenten des Allindischen Kongresses Patel festgenommen, die Nationalistische Kongreßpartei aufgelöst und für ungefährlich erklärt und überhaupt eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen, die zumindest von starkem Selbstvertrauen zeugen. Sie scheint die große Kraftprobe nicht zu scheuen, fast sieht es danach aus, als hätte sie sie sogar provozieren wollen.

Gandhi hat bei seiner abermaligen Verhaftung seine Anhänger förmlich beschworen, sich nicht zu Gewalttaten hinreißen zu lassen. Er hält nach wie vor die Gewaltlosigkeit für die wirksamste Parole. Aber hat er noch die Massen fest in der Hand? Das ist gegenwärtig die Schicksalsfrage für Indien — und für Großbritannien. Schreitet nämlich die Bewegung über den Kopf des eingesperrten Gandhis hinweg, dann schlüßert das riesige indische Reich in einen blutigen Bürgerkrieg, bei dem beide Teile kaum etwas gewinnen können, aber unendlich viel riskieren!

Eine Erklärung der indischen Regierung.

Delhi, 4. Januar.

Die Regierung veröffentlicht eine Erklärung, in der sie dem Nationalkongreß vormittelt, den Pakt von Delhi zu verlegen, und betont, die indische Regierung und die örtlichen Regierungen richteten sich gewissenhaft nach dem Abkommen von 1931 und scheuten keine Mühe, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Die Erklärung verweist sodann auf den Feldzug gegen die Mietern, der eine sehr gefährliche Lage geschaffen habe. Dadurch sei die Regierung gezwungen worden, ihre bisher verfolgte Politik der Duldsamkeit aufzugeben. Gleichzeitig wird der Feldzug zugunsten eines Boykotts der britischen Waren und Einrichtungen erwähnt. Weiter heißt es in der Erklärung: Es bestand dauernd die Drohung mit zivilem Ungehorsam. Für die Regierung gab es

darum nur einen Weg:

Maßnahmen gegen den Feldzug des zivilen Ungehorsams, der allen verfassungsmäßigen Grundgesetzen zuwiderläuft und jede Form einer Regierung unmöglich machen würde. Der Fortschritt Indiens hängt von der Aufrechterhaltung der Autorität der Regierung und der Einhaltung der Befehle ab. Die Regierung würde sich eine Pflichtverfümmnis schulden kommen lassen, wenn sie es irgend-einem Organismus erlauben würde, sich ihre Befugnisse anzumessen. Zum Schluß fordert die Regierung alle auf, ihr dabei zu helfen, ihr auf dem Wege des verfassungsmäßigen Fortschrittes weiter zu folgen.

Grüner Ansturm.

Beleidigungsklage Zechlins gegen einen Korrespondenzherausgeber.

Heute findet in Schöneberg ein Beleidigungsprozeß des Leiters der Pressabteilung der Reichsregierung Dr. Zechlin gegen den Herausgeber der „Grünen Briefe“ Sonntag statt.

Die „Grünen Briefe“ hatten Zechlin unterstellt, daß er dafür gesorgt habe, daß der „Vorwärts“ unbehelligt die schärfsten Angriffe gegen den italienischen Faschismus richten könne.

Die Parteizugehörigkeit des Reichspresseschefs ist selbstverständlich für die Haltung des „Vorwärts“ gegenüber dem Faschismus ohne jede Bedeutung; der „Vorwärts“ wird sich weder vom Reichspressescheff noch von irgendeiner Regierung davon abhalten lassen, zu sagen, was er über die Zustände in Italien und über den Faschismus denkt.

Bernunft stärker als Parolen.

Der Zusammenbruch der kommunistischen Aktion.

Der von den Kommunisten für Anfang Januar propagierte Generalstreik ist nirgendwo in Erscheinung getreten. Die KPD-Strategen sind um eine Niederlage reicher.

Von dem deutschen Arbeiter könnten in Deutschland manche Leute etwas lernen. Vor allem die Herrschaften, die es sich in den Kopf gesetzt haben, sie allein könnten und müßten den deutschen Arbeiter führen. Bei manchen dieser Herrschaften ist die Einbildungskraft so stark, daß sie allen Ernstes den deutschen Arbeiter für einen Generalstreik mobilisieren zu können glauben, der unmittelbar nach Neujahr einsehen sollte. Die größtmöglichen Niederlagestrategen der kommunistischen Revolutionären Gewerkschaftsopposition haben jedoch ihre Rechnung ohne den deutschen Arbeiter gemacht. Dieser deutsche Arbeiter ist nicht so dumm wie die, die sich aus eigener Machtwortkompetenz zu seinem Führer aufwerfen wollen.

Die Generalstreikparole verwandelte sich binnen 24 Stunden in eine Generalpleite der KPD

Überall im Reich und vor allem in Westdeutschland, im Ruhrrevier, fielen die kommunistischen Streikheger bei den Arbeitern ab. Alle Terrormaßnahmen der kommunistischen Stoßtruppen, durch die die Arbeiter gezwungen werden sollten, einen Streikplan mitzumachen, waren vergebens. Wo die Streikparole da und dort befolgt wurde oder unter Druck wohl oder übel mitgemacht werden mußte, war kaum etwas von einer Auswirkung auf die betreffenden Industrien zu spüren. Weder in Berlin noch in Dortmund noch in Essen noch in Köln noch sonst irgendwo fand die Streikparole der KPD ein nennenswertes Echo. Die Presse konnte daher bereits am Montagabend ganz allgemein das Scheitern der großen kommunistischen Streikaktion feststellen.

Die Kommunistenpleite ist offenkundig.

Die Blamage der kommunistischen Phrasendrescher ist riesengroß; denn zu keinem Zeitpunkt konnten sie mehr auf Anschlag rechnen als in diesem Augenblick. Wie war der deutsche Arbeiter mehr von Erbitterung und Empörung erfüllt als in diesen Tagen, und gerade der Bergarbeiter, dem die Rotverordnung besonders übel mißfiel, hätte Grund genug, mit der Faust auf den Tisch zu schlagen oder die Grubenlampe in die Ecke zu werfen. Der Kohlengräber, der im Hinblick auf seine harte Arbeit von Rechtswegen mit seinem Lohn an der Spitze stehen müßte, steht weit hinten an 14. bis 16. Stelle, und die Rotverordnung hat seinen Lohn nicht wie bei den meisten übrigen Arbeiterkategorien auf den Stand vom Januar 1927, sondern auf den Hungerstand von 1925 heruntergedrückt. Warum das geschah, ist bekannt, auch dem Bergarbeiter bekannt. Er weiß, was

der englische Inflationsexport für die deutsche Kohle in den Kampfgebieten der Konkurrenz

bedeutet. Aber von dieser Erkenntnis wird er nicht laß. Mit Recht beschwert er sich darüber, daß die Regierung nicht zwischen seiner Notlage und der Zwangslage des Kohlenmarktes einen vermittelnden Ausgleich angestrebt hat. Was man dem Bergarbeiter im Lohnabbau aufgedrückt hat, ist ein Unrecht und bleibt ein Unrecht, und dieses Unrecht muß verschwinden, und wir verraten wohl

kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß man auch im Reichsarbeitsministerium von der Unhaltbarkeit der Lohnregelung der Bergarbeiter überzeugt ist.

Wenn man sich das alles vergegenwärtigt und wenn man daran denkt, wie auch über den Kreis der Bergarbeiter hinaus in den deutschen Industriekreisen in diesen Tagen die Rot durch alle Gassen schreit, wie überall der Lohnabbau den Hungerriemen noch enger schnürt, dann grenzt es geradezu ans Wunderbare,

daß der Funke der Streikparole der Kommunisten nicht gezündet hat

Der deutsche Arbeiter ist, wie das Beispiel zeigt, ein nüchternen Mensch. Gewarnt durch diese bittere Erfahrungen im Laufe des letzten Jahres betrachtet er seine Lage fallsüßig-kritisch; aber auch er ist doch schließlich nur ein Mensch, und wir wundern uns wirklich nicht, wenn da und dort auf einer Grube oder in einer Fabrik ein paar hundert Mann der kommunistischen Streikparole gefolgt sind.

Wenn die Arbeiterschaft überall in überwältigender Mehrheit es abgelehnt hat, den kommunistischen Generalstreikplan mitzumachen, so ist das ein Tatbestand, der bei der Regierung und nicht nur bei ihr, sondern überall im Reich die stärkste Beachtung und Achtung verdient; denn darüber geben sich doch wohl die maßgebenden Stellen keiner Täuschung hin: die Ruhe, auf die die Generalstreikparole der Kommunisten stieß, ist eine unheimliche Ruhe. Die Selbstbeherrschung des deutschen Arbeiters darf die maßgebenden und verantwortlichen Stellen nun nicht etwa dazu verleiten, sich einzureden, es sei alles in Ordnung.

Es wäre verhängnisvoll, wenn die Regierung sich durch die vorbildliche Haltung des Arbeiters nun etwa einlullen ließe

Die Gewerkschaften werden, soweit es auf sie ankommt, dafür sorgen, daß die Selbstbeherrschung des deutschen Arbeiters nicht falsch gedeutet wird. Diese Selbstbeherrschung ist, wie auch in den Reihen der christlichen Gewerkschaften neuerdings mit besonderer Betonung hervorgehoben wird, der erfreulichste Aktiopostritt inmitten der allgemeinen Depression, Resignation, Ungewißheit und Unsicherheit. „Die Gewerkschaften“, so schreibt z. B. die „Sozial-Wirtschaftliche Korrespondenz“, die vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften herausgegeben wird, in einer beachtenswerten Neujahrsbroschüre, „wissen, um was es geht. Sie haben nicht umsonst jahrzehntelang gekämpft um ihre gleichberechtigte Einordnung in das Ganze. Jetzt gilt es über alle Gegenwartsnot hinweg die meistensichste Grundlage des Erreichens in die Zukunft hinüberzureiten. Sie tun das mit der Befonnenheit, die nur disziplinierten Menschen eigen ist.“

Die gewerkschaftliche straffe Schulungsarbeit langer Jahrzehnte ist nicht vergeblich gewesen

Sie hat den Arbeiter gelehrt, daß in Notzeiten ihr größter Feind radikale Unbeherrschtheit ist, die wohl alles zerbrechen kann, aber nicht einen einzigen Baustein zum Wiederaufbau zu liefern imstande ist.“

Rückblick auf Genf.

Die internationale Sozialpolitik im Jahre 1931.

Am Internationalen Arbeitsamt wird viel herumgemäkelt. Zur Ehre des Amtes muß jedoch gesagt werden, daß es gerade im vergangenen Jahr trotz der fürchterlichen Ungunst der Zeitverhältnisse zu seinem Teil alles getan hat, um mit internationalen Mitteln der Not der Zeit zu steuern. Es hat wirksame Maßnahmen vorgeschlagen, um das Los der mehr als 20 Millionen Arbeitslosen in der Welt zu verbessern. Sein Arbeitsbeschaffungsprogramm, zu dem bereits 13 Regierungen ihre ins einzelne gehenden Pläne eingereicht haben, war ein mutiger Vorstoß. Ebenso hat es in der Frage der 40-Stunden-Woche nicht die Hände in den Schoß gelegt. Vor kurzem erst hat das Amt eine Denkschrift veröffentlicht — sie wurde vom Arbeitslosen-ausschuß bereits beraten —, in der eindeutig zum Ausdruck kam, daß die 40-Stunden-Woche heute zweifellos die beste Arbeitszeitgrenze darstellt.

Diese Feststellung hat den Unternehmern in Genf Anlaß gegeben, das Internationale Arbeitsamt einer

einseitigen Stellungnahme zugunsten der Arbeiter

zu bezichtigen. Wenn es nach den Unternehmern ginge, dann hätte das Amt schon längst seine Tätigkeit einstellen können. Angesichts dieser unaufrichtigen Quertreibereien muß man die unermüdete Zuversicht der Führung des Internationalen Arbeitsamts, die unverdrossen um den internationalen sozialpolitischen Fortschritt weiterkämpft, geradezu bewundern. Die besten Arbeiten des Amtes müssen freilich wertlos bleiben, wenn die Regierungen nicht für die Durchführung der internationalen Vorschläge und Bestimmungen mit Energie eintreten. Da ist z. B. das Arbeitszeitübereinkommen im Kohlenbergbau; es ist noch nicht ratifiziert, obwohl alle europäischen Regierungen in Genf dem Übereinkommen zugestimmt haben.

Die Regierungen — das muß einmal mit aller Deutlichkeit festgestellt werden — sind

morally verpflichtet, ihr in Genf gegebenes Wort einzulösen.

Tun sie das nicht, dann kann man ihnen mit Recht den Vorwurf machen, daß sie ein unehrliches Spiel treiben, um die Arbeiter zu täuschen.

Daß die Arbeitslosenversicherung im Rahmen der

Maßnahmen zur Linderung der Not eine wichtige Aufgabe erfüllt, hat das Internationale Arbeitsamt in seinen Untersuchungen eindeutig nachgewiesen.

Die fünfzehnte internationale Arbeitskonferenz hat im Jahre 1931 auch die Frage des Mindestalters für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in nichtgewerblichen Berufen in erster Beratung behandelt. Es ist zu hoffen, daß über diese Frage 1932 ein internationales Abkommen zustande kommt, das den Kreis der internationalen Kinderbeschäftigungsvereinbarungen schließt.

Angesichts der Bestrebungen der internationalen Arbeitsorganisationen, zu ihrem Teil zur Krisenbekämpfung beizutragen, mußten naturgemäß die übrigen Aufgaben in Genf etwas zurücktreten. Sie sind deshalb jedoch nicht vernachlässigt worden. Das beweist bereits ein Blick auf die

wissenschaftliche Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts.

Neben wichtigen Untersuchungen auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit und Studien über die Frage der öffentlichen Arbeiten, der Rationalisierung, der Wohnungsverhältnisse sowie der Löhne und Arbeitsbedingungen in Sowjetrußland ist soeben eine Studie über die Kaufkraft der Löhne in einer Reihe europäischer Großstädte im Vergleich zu den Löhnen in Detroit der Deffensivität übergeben worden. In Vorbereitung befinden sich Studien über verschiedene Spezialfragen, vor allem über das Problem der Fünftagewoche.

Für die 1932 tagende 16. Arbeitskonferenz wurde bereits ein Bericht über die Alters- und Invalidenversicherung in den verschiedenen Ländern der Welt veröffentlicht. In diesem Rahmen werden auch einzelne Spezialfragen zum Zwecke einer internationalen Regelung behandelt. Eine weitere Studie betrifft die Beseitigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung, die 1932 ebenfalls Gegenstand einer internationalen Vereinbarung werden soll.

Die Zahl der amtlich eingetragenen Ratifikationen stieg im Laufe des abgelaufenen Jahres von 415 auf 447. Die Krise hat naturgemäß das Tempo der Ratifikationen verlangsamt. Immerhin sind die Ratifikationen heute schon

Ansätze zu einer organisierten Weltwirtschaft.

und es wäre nur zu wünschen, daß auch auf anderen Gebieten, zum Beispiel bei Wirtschafts- und Finanzfragen, schon so weitgehende internationale Bindungen beständen wie auf dem Gebiet der internationalen Sozialpolitik; denn eine Lösung der Weltkrise ist mit sozialpolitischen Mitteln allein nicht möglich.

Die Tatsache, daß sowohl die chinesische Regierung wie auch die Regierung Ägyptens um die Einsetzung von Kommissionen zur Organisierung ihrer Sozialpolitik gebeten haben, ist ein erfreuliches Zeichen für die wachsende Weltbedeutung der Internationalen Arbeitsorganisation. Auch der im Jahre 1931 erfolgte Eintritt Mexikos darf als ein solches Zeichen gewertet werden.

Beschlüsse des IOB.

Am Montag trat der Vorstand des IOB in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Zur Beratung stand unter anderem der Bericht über die Lage der Gewerkschaften in Lateinamerika. Im Hinblick auf die Besprechungen mit Vertretern der Gewerkschaften der südamerikanischen Länder, die demnächst in Genf stattfinden werden, wurden verschiedene Maßnahmen beschlossen, um ein engeres Zusammenarbeiten mit der Gewerkschaftsbewegung Lateinamerikas herbeizuführen.

Eingehend wurde die Frage einer innigeren Zusammenarbeit des IOB mit den internationalen Berufssekretariaten auf organisatorischer Grundlage erörtert. Die verschiedenen Möglichkeiten sollen der bevorstehenden Ausschußsitzung und der Konferenz der internationalen Berufssekretariate in Bern unterbreitet werden.

Für die gemeinsame Abrüstungskonferenz des IOB und der ILO, die am 11. und 12. März in Bern stattfinden wird, wurden die letzten Vorbereitungen getroffen. Am Tage vor dem Zusammentritt der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes wird die internationale Petition der organisierten Arbeiterschaft dem Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz durch die Vorsitzenden beider Internationalen sowie die beiden Vorsitzenden der gemeinsamen Abrüstungskommission überreicht werden.

Die Tagung des Vorstandes wird am Dienstag fortgesetzt.

Die Lohnabbau-Guillotine.

Halle (Saale), 4. Januar. (Eigenbericht.)

Der Landesrichter für Mitteldeutschland hat die Tarifhöhe für den Braunkohlenbergbau auf Grund der Rotverordnung um 15 Prozent gesenkt. Wenn auch die Leistungszuschläge und Prämien nicht von der Kürzung betroffen werden, so sind die Löhne durch den Schiedspruch doch unter den Stand von 1927 gesunken.

Für die Arbeiter im Mansfelder Kupfererzgebiet ist eine Lohnkürzung von 9 Prozent verfügt worden, obwohl bereits vor Erlass der Rotverordnung die Löhne in Mansfeld erheblich gekürzt worden waren. Die der Mansfeld A. G. gemähten Reichs- und Staatssubventionen werden vom gleichen Zeitpunkt ab um den Betrag der Lohnersparnisse gekürzt.

300 000 Gewerkschaftsmitglieder in Holland. Die Krise zwingt in die Abwehrstellung.

Die freie niederländische Gewerkschaftsbewegung hat sich in der Krise bis jetzt sehr gut gehalten. Während in früheren Krisenzeiten stets die Mitgliederzahl zurückging, wurde im vergangenen Jahr die Zahl von 300 000 Mitgliedern überschritten und damit der höchste Stand des gewerkschaftlichen Konjunkturjahres 1919 noch um 50 000 Mitglieder übertroffen. Dieser organisatorische Erfolg tritt noch stärker in Erscheinung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Jahre 1925 am Ende der großen Kriegskrise die Mitgliederzahl auf etwa 180 000 gesunken war.

Mitgliederzunahme haben auch die konfessionellen Gewerkschaftszentralen zu verzeichnen, aber in nicht so starkem Umfang. Die syndikalistische Bewegung ist nach wie vor bedeutungslos, ebenso die von den Kommunisten gestützte Rote Gewerkschaftsopposition.

Auf dem Gebiete der Lohn- und Sozialpolitik mußten die Gewerkschaften auch in Holland sich im vergangenen Jahr auf die Behauptung des Ertrugenen einstellen, und auch das war naturgemäß in der Krise eine schwere Aufgabe. Das Unternehmertum ging in der zweiten Jahreshälfte zu einer allgemeinen Offensive gegen das Lebensniveau der niederländischen Arbeiter über. Es fand dabei die Unterstützung der Regierung durch den Kreditdruck auf die Großgemeinden. Der Lohnabbau in den Gemeinden soll den Abbau in der Privatindustrie in Bewegung bringen. In der Metallindustrie mußte ein Lohnabbau um 5 Proz. in Kauf genommen werden. Trotz der durch die Not der Zeit erzwungenen Zugeständnisse konnte sich die niederländische Gewerkschaftsbewegung auch in ihrer seigen Abwehrstellung behaupten.

225 266 Arbeitslose in Belgien wurden Ende Dezember 1931 gezählt, gegen 198 000 im Vormonat.

SPD-Betriebsaktion beim Reichsamt Kreuzberg, Donnerstag, 20 Uhr, Lokal Ewald, Stallstr. 126. Jahresabschlussfeierlichkeiten der Stallstr. Referent: Betriebsaktion und Betriebsorganisation (Genosse A. Jahn). Auswahl der Deputierten und des Vorstands.
SPD-Buchhändler. Die Fraktionsvorsitzendenbesprechung fällt heute aus.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Dienstag, 5. Januar, 19 Uhr, tagen die Gruppen: Gewerkschafts-Jugend, Jugendheim Gewerkschaftshaus, Engelsstr. 24-26. Heimbesprechung. — Wir lernen neue Lieder. — Stallstr. Jugendheim Jüngerlingstr. 14b. Heimbesprechung, Fieber- und Spielabend. — Kreuzberg: Jugendheim Bermer Str. 69-70. Heimbesprechung. — Spandau-Wilhelmsstr. Jugendheim Engelsstr. 24-26. Heimbesprechung. — Prenzlauer Jugendheim Altkönigstr. 4. Nummer 4. Heimbesprechung. Heimspiele. — Kreuzberg: Jugendheim Altkönigstr. 4 (aus Bahnhofs Kreuzberg). Heimbesprechung. Betriebsbuchkontrolle. — Französischer Platz: Jugendheim Plataner Str. 18. Heimbesprechung. — Landwehrburger Platz: Jugendheim Landwehrburger Str. 10. Heimbesprechung. — Wilmersberg: Jugendheim Poststr. 21. Heimbesprechung. — Neukölln: Jugendheim Guntersdamm 44. Heimbesprechung. — Osdorfer Jugendheim Reichshof, Treptowallee 44 (Aust-Schule). Wir beginnen das neue Jahr mit Theo Waret. — Wedding: Jugendheim Willdenowstr. 5. 2 Gruppen, Nummer 11. Heimbesprechung: „Rückblick auf zukünftige Arbeit“. — Köpenicker Jugendheim Haffelwerderstraße (Röhdenstraße, im Keller). Heimbesprechung. — Wilmersberg: Jugendheim Wilmersberg, Bismarckstr. 1. Heimbesprechung.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Offen: Wir besuchen die Verammlung des Betriebsrats. — Kreuzberg: Jugendheim Reichstr. 18-19. Heimabend. — Der Gerecht- und Bewegungssänger tritt ab 20 Uhr in der Turnhalle Dorstener Str. 10. — Der Farn- und Gummipflanzclub unter der Leitung von 20 bis 22 Uhr in der Turnhalle Tempelhofer Ufer 20 statt.

Verantwortlich für Politik: Stefan Schiff; Mittelschul: G. Ringelblum; Gewerkschaftsberatung: A. Steiner; Realist: Dr. John Schimanski; Intellektuelle: Felix Harshardt; Anzeigen: Th. Gleditsch; Schriftführer: Verlags-Vormärts-Berlin G. m. b. H., Berlin, Markt; Stadträte-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. (Dienstag 2. Beilage.)

Achtung SPD.-Betriebsvertrauensleute!

Mittwoch, 6. Januar, 19 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18

Funktionär-Konferenz

aller SPD.-Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre
1. Genosse Rudolf Hildebrandt spricht über: Die wirtschaftliche und politische Lage
2. Diskussion
3. Wahl der drei Vertreter zum erweiterten Vorstand. Zutritt nur mit Parteibuch und Funktionärkarte.
Das Betriebssekretariat

Gurgel trocken...
mit Walsbünd
Walsbünd schützt Dich alle Jahr
jetzt 90 u. 45 Pf. vor Erkältung und Katarrh!

Den ermordeten Kameraden Gedenkfeier für die Kämpfer der Republik

Die würdige Gedenkfeier, die gestern vom Ortsverein Prenzlauer Berg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold im Saalbau Friedrichshain für den erschossenen Kameraden Willi Schneider veranstaltet wurde, galt nicht nur diesem jungen Mitkämpfer und Genossen, der in der Blüte seiner Jahre durch feigen Mord sein Leben verlor, sie war allen denen gewidmet, die in den letzten Jahren unter dem schwarzrotgoldenen Zeichen der Republik Opfer der braunen Mordpest geworden sind.

Es war ein Augenblick tiefsten Gedenkens und festesten Gedächtnisses, als zu den Klängen des Reichsbanner-Lambourkorps vom Prenzlauer Berg die Fahnen in den Saal getragen wurden. An der Spitze schritten die Fahnenräger der Kameradschaft Arnswalder Platz des Reichsbanners und der 25. Abteilung der Sozialdemokratie, denen der ermordete Kamerad angehörte. Der Musikchor vom Ortsverein Weissenhof spielte. Dann sang vom Dirigenten Schreiber vortrefflich geführt, der Neuföhner Chor unserer Arbeiterjäger. Kurze ergreifende Worte sprach der Genosse Wischnitz von der 25. Abteilung. Sie wirkten um so stärker, als sie von ureigenster Trauer um den menschl原因 hingestreckten Freund und Kampfgesährten getragen waren. Aber der Redner betonte, daß die Feier allen Toten auf dem Ehrenfeld der Republik gelte und daß sie vor allem ein Gedächtnis sein möge, festzustehen in der Eisernen Front in Treue und Einheit.

Die Ansprache hielt der Gauvorsitzende des Reichsbanners, Kamerad Stelling: „Wir denken in dieser ersten Stunde des jugendlichen Opfers der Nazihanden, das in der Silvesternacht des Jahres 1930 in der Hufelandstraße durch feige Schüsse menschl原因 gemordet wurde. Wir erinnern uns jener grauenvollen Vorgänge, die in uns die Frage wach werden lassen, wie denn eine so schreckliche und gemeine Tat überhaupt möglich sein konnte. Und unsere Gedanken weilen zu gleicher Zeit bei der Trauerfeier, bei der wir den ermordeten Kameraden in seinem offenen Sarge sahen. Eine Trauerfeier schloß sich an, die mehr war als Schmerz um den Toten und Mitgefühl mit den so schwer geschlagenen Eltern, die vielmehr ein stilles, unausgesprochenes Gebetswort von Tausenden und Abertausenden war. Deutschland zu reinigen von jenen Menschen, die verrückt und verrotten so wertvolles Leben vernichten. Schuldig ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die sich zudem der Begünstigung der Morde schuldig gemacht hat. Denken wir an das häßliche Lachen auf den Lippen des Mörders Kollath, als der alte Vater des Toten, unser Kamerad Schneider, ausfragte.

Denken wir an das häßliche Lachen auf den Lippen des Mörders Kollath, als der alte Vater des Toten, unser Kamerad Schneider, ausfragte.

Dieser Prozeß zeigte die ganze Bestialität und Vertierung der Nationalsozialisten. Ist die Tat gesühnt? Nein! Die wahren Schuldigen sehen nicht an Gerichtsstelle, sie sind anderswo zu suchen, sie sind dort zu suchen, wo diese Vertierung und Verrottung gefördert und vertuscht wird: bei den Führern der Nationalsozialisten, den Fritsch, Strasser, Stoehr und bei Hitler selbst. Es handelt sich um die Auswirkung jener Worte vom Hängen- und Köpferrollen, vom Blühen der Hanfindustrie und von der Nacht der

langen Messer. Aber wir wissen, daß die Nazi ihr Ziel nicht erreichen werden, weil sie es nicht erreichen dürfen.

Wir stehen in der Eisernen Front zusammen und wollen nicht, daß unser Staat, den wir zu einer freien sozialen Republik ausbauen wollen, geschädigt werde durch den Blutrausch des Dritten Reiches!

Wir werden in diesem Kampfe siegen trotz der Flauheit des Bürgerkums, das da sagt: Es nützt ja doch nichts, Hitler kommt doch. Wir sind unserer Sache und deshalb unseres Sieges sicher, und das

gibt uns neuen Mut und neue Kraft zum Kampfe. Aber wir wenden uns auch an die Regierenden. Wir rufen: Bestimmt euch, mildert die Ursachen des Radikalismus, den Arbeitsmangel bei Arbeitern, Angestellten und Beamten, die Not bei kleinen Kaufleuten und Bauern. Erkennt die Notwendigkeit des Wirtschaftssystems, macht Schluß mit der braunen Mordpest, öffnet die Fenster in den muffigen Verwaltungsjahren.

Gebt Raum den Republikanern! Werft durch das Uniformerbol das staatsstreue Reichsbanner nicht in einen Topf mit dem Verbrechergesinde der Nazis!

Der Spul des deutschen Faschismus und seiner Helfershelfer, der Kommunisten, wird an der Eisernen Front scheitern, die alle Arbeiter der Hand und des Kopfes umfassen soll. Nehmen wir uns ein Beispiel am alten Vater Schneider, der im Reichsbanner die Lüge schloß, die durch den Tod seines Sohnes gerissen wurde. Eifern wir ihm nach! Auf zum Sieg der Freiheit und des Rechtes! Weisepolle Rusit eroberte die Feierstunde.

Eine Stadt in Gefahr

Überall Hochwasserkatastrophen - Mittel zur Abwehr fehlen

Wien, 4. Januar.

Infolge des seit vorgestern anhaltenden warmen Regenwetters ist der Schnee in den österreichischen Alpen bis zu einer Höhenlage von etwa 2000 Metern geschmolzen. Die Donau steigt beträchtlich. Die Stadt Steyr mit ihren 27 zumeist hölzernen Brücken ist durch Hochwasser schwer bedroht. Die finanzielle Notlage der Stadt verhindert wirksame Gegenmaßnahmen.

Bahndamm unterspült. - Verkehr eingestellt.

Braunschweig, 4. Januar.

Die Ueberschwemmung bei Boersum hat sich im Laufe des Montags weiter ausgedehnt. Auch auf der Strecke Boersum-Hornburg wurde der Bahndamm unterspült. Der Verkehr ist eingestellt. Das Gelände bei Boersum gleicht einem großen See. Einige Häuser stehen ringsum völlig im Wasser. Das Wasser hat schon die Höhe des Hochwassers von 1925 überschritten. Die Gleise der Strecke Braunschweig-Harzburg hängen bei Boersum auf 300 bis 400 Meter völlig in der Luft. Der Damm ist unterspült. Das Wasser ist heute abend kaum merkbar zurückgegangen.

Feuerwehr und Reichswehr helfen.

Hameln, 4. Januar.

Die Weser ist in den letzten beiden Tagen um 70 Zentimeter gestiegen. Auch ihre Nebenflüsse führen Hochwasser. Das Elektrizitätswerk Wesertal ist vom Wasser eingeschlossen. Feuerwehr und Reichswehr mußten in einer Vorstadt Hamelns, Bewohner aus überschwemmten Häusern mit Sähen herausholen. Bei Hasperde können 40 Kraftwagen im Hochwasser nicht weiter. Der untere Teil von Salzhemmendorf ist über-

schwemmt. Der Ort ist auch vom Bahn- und Postverkehr abgeschnitten. Bei Fuhlen mußten viele Kraftwagen aus dem Wasser gezogen und die Wohnungen teilweise geräumt werden. Aus Hannover-Münden wird weiteres Steigen der Weser gemeldet.

Das Hochwasser der Flüsse.

Köln, 4. Januar.

Der Bitterungsumschlag, der im Rheingebiet eine Temperaturerhöhung bis auf 14 Grad Celsius brachte, hat infolge der Schneeschmelze ein schnelles Steigen des Oberrheins und seiner Nebenflüsse bewirkt. Waldshut am Oberrhein meldete am Montag einen Wasserstand von +1,16 Meter gegenüber Sonntag. Der Neckar zeigte bei Driedenheim am Montag früh eine Erhöhung des Wasserstandes um 3,26 Meter. Die Bahn ist bei Ems innerhalb kurzer Zeit um 65 Zentimeter gestiegen. Auch von der Mittelmosel wird starkes Steigen des Wassers gemeldet. Der Koblenzer Hochwasser-nachrichtendienst ist bereits in Tätigkeit getreten.

Mülheim, 4. Januar.

Das Wasser der Ruhr steigt infolge des starken Bitterungsumschlags und des anhaltenden Regenwetters stark. Aus Herdecke wird seit Montag früh ein Steigen des Wassers um 5 Zentimeter ständig gemeldet. Im Mülheimer Gebiet wurden am Montag früh 4,93 Meter gemessen, fast 2 Meter über dem normalen Wasserstand.

Bremen, 4. Januar.

Die Ufer der Mittel- und Oberweser sind im weitem Umkreis überschwemmt. Sollten die heftigen Niederschläge anhalten, so besteht ernste Gefahr. Für das Fuhgebiet der Unterweser sah Bremen bis Bremerhaven besteht zunächst eine Hochwassergefahr nicht. Sollte sich jedoch den Niederschlägen eine Sturmflut zugesellen, so wäre auch dort mit Hochwasser zu rechnen. In Olden-



Sie erwiderte nichts, und er schien auch keine Antwort zu erwarten.

Auch in den folgenden Tagen konnte Walter nicht aufstehen. Tagsüber lag er meist in dahindämmernem Halbschlaf. Nur nachts hörte ihn Germaine manchmal hin und hergehen und sprechen. Doktor Heim kam täglich und blieb jedesmal lange bei ihm. Auch den Medizinalrat und noch einen dritten Arzt hatte Germaine in ihrer Angst zu Rate gezogen, aber keiner stellte eine genaue Diagnose und jeder tröstete und riet zu geduldigem Abwarten. Der Patient habe ein so kräftiges, gesundes Herz - das werde ihn schon wieder hochbringen.

Aber eines morgens wurde Germaine mitten im Unterricht ins Direktorzimmer gerufen.

„Herr Doktor Heim hat eben hier angeläutet. Sie brauchen nicht zu erschrecken, Fräulein Loriot, es ist keine allzu schlimme Nachricht. Er hat den Oberarzt des Krankenhauses bei einer nochmaligen genauen Untersuchung Ihres Bruders herangezogen, und man hat Walter suchen ins Krankenhaus gebracht. Sie dürfen ihn morgen besuchen. Und die beiden Ärzte lassen Ihnen ausdrücklich sagen, daß keine unmittelbare Gefahr vorliegt, sondern daß man hofft, ihn durchzubringen.“

Den gleichen Bescheid erhielt Germaine, als sie am späten Abend in unbezwinglicher Unruhe selbst telephonisch im Krankenhaus anfragte. Der Zustand des Patienten gebe keinen Anlaß zu unmittelbaren Befürchtungen, und er erwarte morgen ihren Besuch.

Zu ihrer freudigen Ueberraschung sah Walter tatsächlich wohler aus, als seit Wochen.

„Bestern und heute habe ich Bäder bekommen und dann Bädungen. Und Heimchen war auch schon in aller Frühe da und ist befeigt abgehoben. Behandelt werde ich hier! Der Wärter, der mich ins Bad führt, schlägt dauernd die Hacken zusammen, und die Schwester lauert auf jede Handbewegung!“ Walter war ungemein aufgeräumt.

„Und fühlst du dich auch besser?“ fragte Germaine. „Selbstverständlich geht es mir besser - es wird überhaupt alles gut gehen, Schwesterchen!“

Aber als sie am nächsten Tag zu ihm ins Zimmer trat, da erkannte er sie nicht mehr. Sein Gesicht hatte einen ruhigen, zufriedenen Ausdruck, aber es war tief eingefallen und fast unkenntlich.

Germaine blieb den ganzen Tag bei ihm. Gegen abend

ging er an, schwer und stoßweise zu atmen und nach Luft zu ringen. Die Schwester führte Germaine aus dem Zimmer.

„Es muß jeden Augenblick zu Ende gehen“, sagte der Arzt draußen zu ihr, „seien Sie tapfer und bleiben Sie ruhig! Der Tod ist eine Erlösung für ihn! Ich habe einen Fall erlebt, in dem ein junger Mensch, der im gleichen Stadium war, wie Ihr Bruder, ins Irrenhaus übergeführt werden mußte. Das ist bereits über ein Jahr her. Er wird nie mehr gesund werden. Ihr Bruder hätte wahrscheinlich das gleiche Schicksal gehabt. Denken Sie jetzt nicht an sich und an das, was Sie verloren haben, sondern an ihn!“

„Ich bin ganz ruhig und gefaßt. Ich werde bei ihm bleiben.“

Die Stunden vergingen. Die Schwester brachte reine Tücher, mit denen Germaine den Schweiß auf Gesicht und Händen des Sterbenden abtrocknete.

Es wurde Witternacht. Es wurde Morgen und wieder Abend, und noch immer lag Walter schwer atmend und bewußtlos.

„Geben Sie ihm etwas! Seien Sie doch barmherzig!“ Germaine bat und stiehte draußen im Korridor. „Nedes Tier bekommt den Gnadenstoß, und er muß langsam und qualvoll ersticken! Ich kann das nicht mehr mit ansehen!“

Aber der Arzt rebete auf sie ein. „Sehen Sie ihn doch an, wie ruhig und zufrieden er aussieht! Nichts Bergerrettes, nichts Anginalles, nichts Unruhiges liegt in seinem Gesicht. Nur das Herz schlägt immer noch. Aber er selbst dämmert schmerzlos und ohne Bewußtsein hinüber. Es kann höchstens noch eine Stunde dauern.“

Wieder brach die Nacht an. Die Ärzte waren schon einmal dagewesen, die Nachtschwester hatte alles in Ordnung gebracht. Nun war es ganz still im Haus.

Das Fenster stand offen. Eine milde, warme Luft und der Duft blühender Sträucher zog herein. Der Schein der kleinen Tischlampe fiel auf einen Strauß halb geöffneter roter Rosen.

In Germaine war eine seltsame, unerklärliche Ruhe. Schmerz und Verzweiflung, Angst und Unruhe - das lag alles irgendwo weit weg. Sie blickte in das stille, unbewegliche Gesicht des Bruders und hörte die schwächer gewordenen Atemzüge, und Bild um Bild zog an ihr vorüber. Sie sah sich selbst als kleines Mädchen, als sie mit Dolf Schlitten fuhr und die Vögel fütterte. Ueber 25 Jahre war das her, über ein Vierteljahrhundert. In der Erinnerung aber drängte sich alles eng und nahe zusammen, als sei es vor Tagen gewesen. Und waren wirklich Jahre vergangen seit dem Tode Doffs, über ein Jahrzehnt seit dem tödlichen Unfall des Vaters - Krieg, Inflation, Walters Krankheit, die Engländerreise, der Tod der Mutter, ja, das preßte sich alles zusammen in den Zeitraum ihrer Jugend.

Sie hatte nicht einmal die Hälfte der Zeit hinter sich, die ein Menschenleben zu umspannen pflegt. Und diese erste Hälfte des Lebens sollte aufsteigend, bejahend in die andere übergehen, so sagte man immer, und so las man es in den Büchern. Aber sie hatte immer nur Sterbendes, Abbröckeln-

des um sich her gesehen. Alle, die ihr nahe standen, wurden irgendwie beiseite geschoben, einer nach dem andern ging hinüber ins Unbekannte, löste sich auf im Nichts. Dolf, die Eltern, und nun auch Walter. Nur an ihr war der Tod vorbeigezogen -

War es ein Einzelschicksal, das Schicksal einer Familie, oder war es mehr...? Von Ruinen hatte Walter an jenem Abend am Bahnhof gesprochen. Ein seltsamer Ausdruck, der Germaine erschreckt hatte. Waren es wirklich Ruinen, ging die Welt, aus der sie stammte und in der sie lebte, zugrunde, wurde sie erdrückt durch das Neue, das stärker war und rücksichtslos alles Trümmerhafte beiseite legte? Verlang die ganze Gesellschaftsschicht, aus der sie kam, wie eine jener Erdschichten, die durch die revolutionären Kräfte des Erdinnern auf immer verschüttet wurden? Hatte der Liberalismus des fortschrittlichen Bürgertums endgültig seine Mission erfüllt und wurde er jetzt erdrückt, aufgelogen von einer neuen Welt, die jung und unverbraucht aus den Tiefen aufstieg?

Germaine wußte keine Antwort auf ihre Fragen, und der Bruder, dessen Wort dieses Gräbeln in ihr veranlaßt hatte, war jeder Antwort entrückt. -

Draußen dämmerte langsam der Morgen. In dem Gebüsch unter dem Fenster zwitscherte eine Drossel.

Germaine lag zurückgelehnt im Lehnstuhl und sah vor sich hin. Dann sank sie in einen leisen Halbschlaf. Sie hörte noch die Atemzüge des Bruders, sie hörte auch, wie die Nachtschwester leise hereintrat und sich über den Kranken beugte. Aber plötzlich war das alles irgendwie zerflossen in einem weiten, unermeßlichen Dunkel.

Sie träumte, daß Walter vor ihr stände. Aber er war nicht allein. Er hatte den Arm um eine Gestalt geschlungen, die noch ganz im Dunkel stand, aber mit jedem Augenblick klarer und deutlicher zu erkennen war. Es war ein junger, blonder Mensch in französischer Uniform. Sie schienen sich nicht zu sehen, oder nicht zu erkennen, obwohl beide dicht vor ihr standen. Sie sprachen irgend etwas zusammen, dann erzählte der junge Mensch, und Walter hörte ihn zu. Auf seinem Gesicht lag ein glückliches, zufriedenes Lächeln.

„Germaine.“ Sie schrak in die Höhe. Es war ihr, als hätte sie Walters Stimme gehört.

„Walter -“ Sie beugte sich über ihn. Aber kein Lächeln lag auf dem ruhigen unbeweglichen Gesicht. Die Züge waren scharf und herb, wie gemeinhil. Er hatte aufgehört zu atmen.

38.

Mechanische Wertstätten, ratternde Maschinen im Erdgeschloß. Dann weite Säle, hell und luftig. Am stiehenden Band Frauen und Mädchen. Ein rationalisierter Großbetrieb, eine Fabrik für elektrische Zähler.

Alles ist zweckmäßig gelagert, wird zweckmäßig herangezogen. Unaufhörlich führt das stiehende Band Arbeit heran. Eine Arbeiterin befestigt ein Häkchen, eine andere eine Deise, der dritten, vierten, fünften ist es vorbehalten, andere kleine Eisenstücke anzufügen. (Schluß folgt.)

burg sind die Flüsse ebenfalls über die Ufer getreten. Einzelne Höfe sind von den Fluten eingeschlossen.

München, 4. Januar.

Besonders stark betroffen vom Hochwasser ist das Kottal, wo weite Strecken überschwemmt und zahlreiche Strohen und Wege unter Wasser gesetzt worden sind. In Anzenkirchen drang die Flut am Sonntag in mehrere Häuser ein. In Kempen im Allgäu wurde der Keller eines Verlagsgebäudes unter Wasser gesetzt.

Karlsruhe, 4. Januar.

Die Wiederherstellungsarbeiten an dem von den gewaltigen Wassermassen der Kinzig unteripulten Bahndamm bei Neumühl schreiten gut fort. Man rechnet für Dienstagsvormittag mit der Wiederaufnahme des normalen Verkehrs. In Oberbaden besteht keine Hochwassergefahr mehr. Nach einer Meldung aus Waldahut soll der Rhein seit Montagmittag wieder fallen. Die Schwarzwaldflüsse gehen ebenfalls zurück. Die Schneeschmelze dürfte bereits überwunden sein. Auch vom Neckar wird gemeldet, daß das Hochwasser nachfließt.

Überall höchste Gefahr!

Dresden, 4. Januar.

Das Hochwasser im Erzgebirge hat einen Stand erreicht, der den der Unwetterkatastrophe im Schwarzwald vom 6. Juli noch übertrifft. In Aue ist die Mulde verschiedentlich über die Ufer getreten. Die tiefer liegenden Häuser sind bereits überschwemmt. Der Bönitzbach überflutet in einer Breite von etwa 10 Meter das Stadion in Aue. Auch in Schwarzenberg sind alle tieferliegenden Häuser überschwemmt. In Zwickau mußten zwei Straßen wegen Ueberflutung gesperrt werden.

Berliner Bäcker sind helle!

Bäcker bewahren Geldbrieffräger vor Ueberfall.

Durch die Aufmerksamkeit der Angestellten einer Bäckerei in der Köpenicker Straße wurde gestern im letzten Augenblick ein Ueberfall auf den Geldbrieffräger Franz A. vom Postamt SO. 16 verhindert. Der Täter, ein 22 Jahre alter Fritz H. wurde festgenommen.

H. lungerte gestern mittag nahezu eine Stunde am Eingang des Hauses Köpenicker Straße 32 umher. Es sah so aus, als ob er auf jemand wartete. Angestellten eines gegenüberliegenden Bäckereibetriebes war das Verhalten des Mannes verdächtig vorgekommen, zumal den Leuten bekannt war, daß der Geldbrieffräger, der täglich seinen Bestelgang macht, noch nicht erschienen war. Man kombinierte, daß der Fremde gegen den Brieffräger etwas im Schilde führte und alarmierte heimlich die Polizei. Als die Beamten zugriffen, fanden sie in den Taschen des H. eine geladene Pistole und einen Löffel dazu. Er war über seine Festnahme so überrascht, daß er gleich zugab, auf den Geldbrieffräger gewartet zu haben. H. wurde aus nächster Revier gebracht, wo er dann nach anfänglichem Leugnen auch gestand, einen Ueberfall auf den Geldbrieffräger geplant zu haben. Schon seit Tagen hatte H. den Beamten beobachtet, aber nie eine passende Gelegenheit zur Ausführung seines Vorhabens gefunden. Gestern hatte sich der Geldbrieffräger um eine halbe Stunde verspätet.

Beschwerde über Amtsgerichtsdirektor Resner.

Wegen der ungeheuerlichen Anwürfe, die in der gestrigen Verhandlung des Sklarek-Prozesses von Amtsgerichtsdirektor Resner gegen den BVD-Direktor Genossen Bolaf gerichtet wurden, hat sich der Angegriffene beschwerdeführend an den preussischen Justizminister gewandt.

Siedeln und Anliegerbeiträge.

Schlechte alte Gesetze in einer neuen Zeit.

Aus städtischen Siedlerkreisen wird uns geschrieben:

Siedeln ist immer ein Unternehmen, das nicht von heute auf morgen gedeihen kann und das vor allem die Investierung von Kapitalien erfordert. Wenn in einem solchen Umfange gesiedelt werden sollte, daß bei der riesengroßen Arbeitslosigkeit eine fühlbare Entlastung eintritt, so sind Jahre nötig, um eine durchgreifende Berufs- und Erwerbsumstellung zu erreichen. Alle Erfolgshoffnungen scheitern aber oft an den für den Siedler untragbaren besonderen Lasten. Eine große Rolle spielen die Anliegerbeiträge.

Wenngleich immer wieder von den Regierungsstellen empfehlende Verfügungen erlassen werden, wonach die Gemeinden und Gemeindeverbände angehalten werden, den Siedlern entgegenzukommen, so ist damit noch keine Aenderung in bezug auf Anstiedlungs- und Anliegerbeiträge geschaffen. Die gesetzlichen Grundlagen für diese Beiträge stammen aus den Jahren 1875 und sogar 1838. Ein Jahrhundert Entwicklung ist an den Bestimmungen ohne große Wirkung vorübergegangen.

Aus den Anstiedlerbeiträgen sollen von jeher in neu erschlossenen Siedlungen die Kosten für den Bau von Schulen und Kirchen bestritten werden. Diese Beiträge werden gewöhnlich nach der Quadratmeterzahl der Grundstücke bemessen. Die Kosten können dabei oft recht erheblich werden. Noch viel einschneidender sind jedoch die Anliegerbeiträge, die nach der Frontmeterzahl der Grundstücke berechnet werden. Diese Beiträge setzen sich zusammen aus den entstehenden Kosten für Straßenpflasterung, Straßenbeleuchtung, Regenwasserkanal, Kanalisation.

Es ist keine Seltenheit, daß in vorstädtischen Bezirken diese Kosten oft höher sind als der gesamte Wert des bebauten Grundstückes. Besonders stark werden hierdurch kleine Parzellen belastet, die im Gegensatz zu den durchschnittlich 25 Frontmeter zählenden Reihengrundstücken meistens weit mehr als 50 Frontmeter haben. Rechnet man nur etwa 50 Mark für den laufenden Frontmeter als Kosten für die Straßenpflasterung, so ist schon zu erkennen, welche Riesensummen hier zusammenkommen, wenn außerdem noch etwa 12 Mark für Straßenbeleuchtung und etwa 21 Mark für Kanalisation, alles für den laufenden Meter gerechnet, zu zahlen sind. Die Gesamtbefragung kann dadurch auf Zehntausende von Mark für ein

einzelnes Grundstück steigen. Untragbar für Siedler, die sich jahrelang im Schweiße ihres Angesichts abgemüht haben, den Boden urbar zu machen und sich eine Wohngelegenheit zu schaffen. Oft wird der Arbeiter das ihm lieb gewordene Stück Heimat verlassen, um in eine Mietkaserne zurückzuzwandern.

So wirken sich veraltete Gesetze aus.

Als die Kostenverteilung für den Ausbau der Straßen vor nunmehr bald 100 Jahren festgelegt wurde, konnte eine technische Entwicklung, wie wir sie in dieser Zeit erlebt haben, auch nicht in entferntester Voraussicht vorausgesehen werden. Damals genügte Straßen in geringerer Breite als heute. Das Pflaster war weit billiger, weil einfacher, denn die Pferdeuhwerke hatten nur festen Untergrund für ihre Fortbewegung nötig. Der heutige Verkehr, der weit schwerere Lasten über die Straßen rollen läßt mit ganz anderen Geschwindigkeiten, stellt aber ganz andere Ansprüche an den Ausbau der Straßen. Diese sind daher in ihrer Herstellung weit teurer geworden. Eine Beleuchtung der Straßen war früher kaum bekannt. An Regenabwasserung und Kanalisation dachte noch niemand.

Die Anlage von Straßen lag lange Zeit fast ausschließlich im Interesse der Anlieger, während heute im steigenden Maße die Allgemeinheit, jedenfalls ganz andere Kreise, daran interessiert sind.

Erwähnenswert ist, daß nach dem jetzt gehandhabten System der Frontmeterberechnung große Gebäude in der geschlossenen Bauweise im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftlichkeit weit weniger an solchen Kosten zu tragen haben als das kleine Siedlungshaus des Arbeiters in der offenen Bauweise.

Eine Möglichkeit der Aufteilung dieser Kosten für den Siedlungsbau des einzelnen wäre schon darin zu ersehen, daß die Kosten nach der Grundstücksgröße und nicht nach der Frontmeterzahl berechnet würden unter Berücksichtigung ihrer Wirtschaftlichkeit. Darüber hinaus wäre noch zu erwägen, diese Kosten überhaupt auf einer anderen, breiteren Basis aufzubauen. Sollte dann später einmal durch die Herstellung einer Straße eine besonders hohe Wertsteigerung des einen oder anderen Grundstückes eintreten, so könnte diese durch eine hierauf zugeschnittene Wertzuwachssteuer für den Ausbau anderer Straßen erfasst werden. Soll das Siedeln in seinem Kern gefunden, so tut hier Hilfe dringend not.

Die Wechselschiebung.

Sachverständige im Sklarek-Prozess.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Verhandlung des Sklarek-Prozesses erstattete der als Sachverständiger hinzugezogene Staatsfinanzrat Wehlien sein Gutachten über das Wechselgeschäft zwischen den Sklareks und der Stadtbank.

Der Sachverständige betonte einleitend, sich nur allgemein äußern zu können, weil er der bisherigen Verhandlung ja nicht beigewohnt habe. Die Handhabung des ganzen Geschäfts erscheine ihm vom kaufmännischen Standpunkt aus überhaupt nicht erklärlich und die Hereinnahme der Wechsel, die nach Angaben der Stadtbankdirektoren nur eine Aufschüßerung sein sollte, sei ziemlich sinnlos. Man hätte sich zumindestens über den Charakter der Wechsel Gewißheit verschaffen müssen. Die Frage des Vorsitzenden, ob sich die Stadtbankdirektoren als ordentliche Kaufleute bezüglich der Kreditwürdigkeit der Sklareks damit begnügen konnten, daß sie z. B. mit Oberbürgermeister Böhl auf gutem Fuße standen usw., vermochte der Sachverständige nicht genau zu beantworten und meinte, daß

diese Frage wohl vom Gericht selbst entschieden werden müßte. Er persönlich würde sich allerdings über die Qualität des Kreditnehmers weiter informiert haben.

Von der Verteidigung der Stadtbankdirektoren wurden dann gegen die Art des Gutachtens Bedenken geltend gemacht und vor allem bemängelt, daß der Sachverständige, Staatsfinanzrat Wehlien, erst in dieser Verhandlung amwesend war und den früheren Verlauf des Prozesses nicht persönlich erlebt hat. Nach längerer Beratung des Gerichts vertändete Amtsgerichtsrat Resner dann als Beschluß des Gerichts, daß von der weiteren Vernehmung des auf Ersuchen des Vorsitzenden erschienenen Sachverständigen, Finanzrat Wehlien, Abstand genommen werde, weil dieser erklärt habe, daß er auch in Zukunft nur in längeren Zwischenräumen zu dem Prozeß erscheinen könne. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, daß auch das bisher erstattete Gutachten dieses Sachverständigen keine Verwendung finden sollte.

Hierauf erstattete der Sachverständige, Regierungs- und Bankrat Rißke, sein Gutachten über das Wechselgeschäft, in dem er zu der Feststellung kam, daß die Bonität der von den Sklareks eingereichten Wechsel nicht als ausreichend erachtet werden könne. Nach einer gewissen Grenze hätten die Wechsel nach seiner Ansicht auch nicht mehr von der Stadtbank hereingenommen werden dürfen, weil sie nur eine als wertlos anzusehende Unterschrift trugen. Das von der Stadtbank den Sklareks gegenüber angewandte Verfahren habe er sonst bei keiner anderen Bank beobachtet und seines Erachtens hätte die Stadtbank auch nur gegenüber den Sklareks so gehandelt.

In der sich auch an dieses Gutachten anknüpfenden Erörterung behauptete Leo Sklarek wiederum, daß die Direktoren zu jeder Zeit Bescheid gewußt hätten, was Schmitt und Hoffmann aber bestritten. Der Angeklagte Buchhalter Lehmann meinte gleichfalls, aus den Äußerungen der Stadtbankbeamten Hoge und Schröder er entnehmen zu haben, daß Schmitt und Hoffmann im Bilde waren. In diesem Zusammenhang ging man abermals darauf ein, daß die von der Stadtbank diskontierten Wechsel angeblich aus einem Rußland-Geschäft der Sklareks stammen sollten. Bemerkenswert war dann noch die Feststellung des Sachverständigen Rißke, daß die Prüfungen, die von Beamten der Stadtbank bei den Sklareks vorgenommen wurden, eigentlich nicht als Prüfungen, sondern nur als Böhrensichtnahmen von sehr bedingtem Wert bezeichnet werden könnten. Nach weiteren Erörterungen, bei denen es wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Leo Sklarek und Stadtbankdirektor Hoffmann kam, wurde die Verhandlung dann auf Donnerstag, 9 Uhr, vertagt.

Gendeanenne zerstört.

Magdeburger Rundfunk mußte Sendung einstellen.

Magdeburg, 4. Januar.

Um 18.30 Uhr riß ein heftiger Sturm die Antenne des Magdeburger Rundfunksenders um, so daß der Sendebetrieb eingestellt werden mußte.

Neuer großer Sprengstoffdiebstahl.

Troisdorf, 4. Januar.

Im hiesigen Betriebe der Rheinischen Dynamitwerke A. G. (früher Rheinisch-Westfälische Sprengstoff A. G.) verschafften sich nachts Diebe durch ein Fenster Zutritt zum Sprengstofflager und entwendeten, soweit bisher festgestellt ist, 2000 Sprengkapseln.

Die kleinen Sünder...

Opfer der Not und der Versuchung. — Moabit im neuen Jahr.

Der erste Sitzungstag im neuen Jahr sah in Moabit lauter kleine Leute — Opfer der Not, der Versuchung, des Leichtsinns — vor Gericht.

Ein Arbeitsloser, ein unvorbestrafter 22jähriger Bürogehilfe, wohnt in Untermiete. Aus irgendwelchen Gründen erhält er keine Unterstützung, hat keinen Pfennig Geld, schuldet seine Miete; er ist verzweifelt und begehrt in diesem Gemütszustand eine Dummheit: in Abwesenheit seiner Wirtin entnimmt er ihrem Schrank 50 M., ein Paar Stiefel dazu, und verschwindet. In den gestohlenen Stiefeln wandert er obdachlos durch Berlin — Straßen ohne Ende —; er fürchtet, verhaftet zu werden. Als die 50 M. aufgebraucht sind, schreibt er an die Schwester: Ich weiß, was ich getan habe, der Weg führt nach Moabit. Und nun steht er tatsächlich vor dem Richter. Meine Tat ist verwerflich, sagt er, ich habe Strafe verdient. Der Zweimundzwanzigjährige erhält drei Monate Gefängnis. Sollte die Auskunft über ihn günstig lauten, so bekommt er Bewährungsfrist.

Keine Not litt die etwa 27jährige Hausangestellte M., deren Sache gestern die Schnellschöffengerichtsstung des neuen Jahres einleitete. Vielleicht hatten die Lebensgewohnheiten einer reichen „Herrschin“ auf das Fräulein abgefärbt; es machte den Eindruck einer Halbweltbame. Ich hatte immer Stellungen in guten Häusern, sagte Fräulein M. Und in dem letzten guten Hause entnahm es dem Kassieranten nicht mehr und nicht weniger als vier 1000-Mark-Scheine. Ueber das Vorhandensein des Geldes wußte es von der Arbeitgeberin. Und als die eines Tages im Schrank den Schlüssel stecken ließ, öffnete die Angestellte das Safe und nahm das Geld an sich. Als wäre nichts passiert, verblieb sie in ihrer Stellung. 3800 M. fand man noch bei ihr. Warum haben Sie das getan, mein Fräulein, fragt sie der Vorsitzende. Ich wollte ein Geschenk für meine Freundin zu Weihnachten kaufen. Ich habe von den 200 M. nichts für mich ausgegeben. Sie müssen doch aber im Besitz von Geld sein? Ich habe

immer so viel verschont. Das Gericht verurteilte das „Fräulein“ zu zwei Monaten Gefängnis. Je größer die Summe, meinte der Richter, um so größer die Verführung. Bei günstiger Auskunft erhält auch diese Angeklagte Bewährungsfrist. Drei Monate für den armen Teufel, der 50 M. und ein Paar Stiefel stahl, zwei Monate für die Hausangestellte, die das noble Fräulein spielen wollte und die Kleinigkeit von 4000 M. einsteckte.

Die strafbare Nebenarbeit.

Opfer fremder Not und seiner Gutmütigkeit wurde der Färbereibesitzer L. Noch vor einem Jahr beschäftigte er 120 Arbeiter, jetzt sind es nur 65. Vor Weihnachten kam zu ihm einer der entlassenen Arbeiter; er wollte seine Angehörigen in der Heimat besuchen, mit seiner Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 8,50 M. ging das nicht gut. Ob er nicht etwas hinzuverdienen könnte. Was soll ich mit Ihnen anfangen, meinte der Färbereibesitzer. Sie sehen ja, ich habe keine Arbeit. Vielleicht eine Kleinigkeit, meinte der Arbeitslose. Na, schön, kommen Sie mal morgen; ich finde schon etwas für Sie. Und so arbeitete der Mann vier Tage; den ersten Tag 12 Stunden, den nächsten 6 und zwei weitere Tage je drei Stunden. Das Ergebnis waren 26,40 M. Der Mann dankte, laute für die Seinen einige Kleinigkeiten als Weihnachtsgeschenke und fuhr in bester Stimmung in die Heimat. Irgend jemand hatte ihn aber bei dem Arbeitsamt angezeigt. Er wurde wegen Betrages zugunsten des Arbeitsamtes angeklagt, der Färbereibesitzer wegen Beihilfe zum Betrug. Der Strafbefehl gegen den letzteren lautete auf 80 Mark. Er legte Einspruch ein; der Staatsanwalt beantragte vor dem Einzelrichter eine Geldstrafe in Höhe von 1000 M. oder 100 Tage Haft. Der Richter erkannte aber die Motive dieses Färbereibesizers an, — sie seien menschlich verständlich, sagte er, wenn sie auch den Befehlen zuwiderläßen. Eine Geldstrafe in Höhe von 20 Mark oder zwei Tage Haft genüge. Der Arbeiter ist aus der Heimat noch nicht zurück.

Kaffee Hag wieder 10% billiger!

Das große Paket RM 1.46

Das kleine Paket RM 0.73

Die Devaheim-Anklage.

Beim Landgericht eingereicht. — Sehr viel „ehrenwerte“ Männer.

In dem Devaheim-Standal wurde gestern bei dem Großen Strafamt des Landgerichts I die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft I eingereicht.

Die Anklage richtet sich gegen den früheren Leiter des Devaheim-Konzerns, Wilhelm Zeppel, den ehemaligen Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Pastor D. Cremer, den Prokuristen Ernst Wilhelm Cremer, den früheren Bevollmächtigten der Auslandsanleihe beim Centralauschuss für Innere Mission, Gustav Hollmar Claussen, ferner gegen den früheren Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Mülheimer Baugenossenschaft, Pastor Müller, und gegen die früheren Direktoren der Baugenossenschaft in Mülheim, Paul Zeppel und Roks.

Den Angeschuldigten Wilhelm Zeppel, Pastor D. Cremer und Ernst Wilhelm Cremer wird eine Reihe von Untreuehandlungen zum Nachteil der im Devaheim-Konzern zusammengeschlossenen Gesellschaften des Centralauschusses für Innere Mission zur Last gelegt. Diese Untreuehandlungen werden vor allem in der Verwendung von Spargeldern zu unzulässigen Geschäftsoperationen und eigennützigen Zwecken erblickt. Allen drei Genannten wird auch Bilanzverschleierung vorgeworfen, Wilhelm Zeppel und Ernst Wilhelm Cremer außerdem Betrug zum Nachteil von Sparern und Kreditgebern. Wilhelm Zeppel werden in diesem Zusammenhang auch Urkundenfälschungen zur Last gelegt. Claußen wird wegen Veruntreuung von Geldern der Auslandsanleihe des Centralauschusses für Innere Mission, die er zu verwalten hatte, in drei Fällen angeklagt. Den Angeschuldigten Paul Zeppel und Roks in Mülheim wird Betrug in zwei Fällen und Bilanzverschleierung zur Last gelegt, Pastor Müller Untreue zum Nachteil der von ihm als Aufsichtsrat betreuten Mülheimer Baugenossenschaft. Die Staatsanwaltschaft hat beantragt, gegen die Angeschuldigten gemäß der 3. Rotverordnung vom 6. Oktober 1931 das Hauptverfahren vor dem Großen Strafamt des Landgerichts I Berlin zu eröffnen. Die ersten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in dieser Sache begannen am 25. Juli 1931. Am 12. Dezember 1931 wurde die Voruntersuchung geschlossen.

Onkel Sepp, der Räuber.

Guter Fang der Berliner Polizei.

Beamten des Sonderdezernats für Geldstrafeinbrüche der Inspektion II im Berliner Polizeipräsidium ist ein guter Fang gesüßt. Johann Kzepiski, ein gefährlicher Einbrecher, Bandenführer und Bankräuber ist verhaftet worden.

Johann K., der in seinen Kreisen auch „Onkel Sepp“ und „Polen-Joseph“ genannt wird, war vor einiger Zeit nach Berlin gekommen und hielt sich in der Gegend des Schlesischen Bahnhofes auf. Die Berliner Kriminalpolizei, die nach zwei Männern fahndete, die als Knacker in Neustadt zahlreiche Einbrüche verübt hatten, zu denen sie Notorräder benutzten, stieß plötzlich in der Kopenstraße auf „Onkel Sepp“. Der Mann, der mit einer Lederjackette bekleidet war, fiel ihnen auf. Sie verfolgten ihn und beobachteten das Haus, in dem er verschwand. Gegen Morgen drangen sie dort ein und nahmen ihn fest. Joseph K. hatte bei einem polnischen Vorarbeiter Unterschlupf gefunden. Er benutzte hier die Personalien eines gewissen „Albert“, über den er genau Bescheid wußte. Die Polizei mußte das aber auch, sogar noch besser, denn es war ihr bekannt, daß jener Albert zur Zeit im Zucht haus saß, so daß es Joseph K. nicht sein konnte. Bei der Durchsuchung des Schlupfwinkels fand man mehrere Pistolen. „Onkel Sepp“ hat in Neustadt mit seiner Bande circa vierzig Einbrüche ausgeführt. In Stettin überfiel er Ende April und Mitte Oktober 1931 unter Benutzung gestohlener Privatautos zwei Bankboxen. Während seine Komplizen gefaßt wurden, konnte Joseph K. flüchten. Seine Mitäter erzählten, daß er in Polen einen Beamten erschossen habe. Als man seiner jetzt habhaft wurde, benachrichtigte Berlin die Stettiner Behörden, die ihn abholen ließen. Der Bandenführer war erst ganz kurze Zeit in Berlin.

Einbrecher drangen in der Nacht zum Montag in die Räume des Winterfeldt-Palastes in der gleichnamigen Straße ein. Sie kamen in das Büro und entdeckten hier einen Wandschrank in der Größe von etwa 60 mal 80 Zentimeter. Da es ihnen zulange dauerte, bis sie den Schrank öffnen konnten, rissen sie ihn einfach kurzerhand heraus und flüchteten damit. Wie verlastet, sollen sich in demselben etwa 6000 M. bares Geld befinden. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Nachwanderung durch die verregenen Winter Mit-Berlin. Die nächste Wanderung veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg am Mittwoch, dem 6. Januar, unter Leitung Georg Hambergers. Treffpunkt 20 Uhr im Olympiastadion. Poststr. 16, Ede Mühlenbamm. Teilnehmergebühren 1 M. Wegen des großen Andranges ist es ratsam, die Teilnehmerkarten im Vorverkauf zu entnehmen (Buchhandlung Pöbbecke, Hauptstr. 140, Postfachverlag Walter, C. 2, Poststr. 12, Gempel, Rollenmarkt 1).

Dem Meere wieder entrissen.

Schätze kommen wieder ans Tageslicht. — Die Flotte bei Scapa-Flow.

Die englische Bergungsfirma, die die vor Scapa Flow versenkte deutsche Kriegesflotte heben wollte, hat ihre Arbeiten vorläufig eingestellt.

Vineta, die versunkene Stadt, eines der schönsten Märchengelände aus Kindheitstagen, scheint in einer realistischen Form Wirklichkeit zu werden. In unserem Zeitalter der Technik geht man daran, die Schätze, die auf dem Meeresgrunde liegen und von denen die Chroniken berichten, zu heben und sie für die Nachwelt nutzbar zu machen. Im Remi-See wird dem Grundschlamm ein Kaisererschiff aus altrömischer Zeit entrissen. An der spanischen Küste, im mexikanischen Golf, an den alten holländischen Fahrstrahlen des Nordmeeres sind jetzt überall Taucher und Hebevorrichtungen am Werke, um die vor Jahrhunderten versunkenen Schätze ganzer Schiffstädte wieder zu heben.

Einer der bekanntesten Versuche wird unmittelbar an der holländischen Küste unternommen. Seit 100 Jahren versucht man dort eine alte Goldflotte zu heben, um sich in den Besitz der Goldbarren von mehreren Millionen Mark zu setzen.

Diese Armada segelte einst von Westamerika herüber, um die Tresors der Rynheers von Holland mit frischem Golde zu füllen. Unter den Augen der eigenen Reeder versank die Flotte in den Fluten der aufgeregten Nordsee. Dreimal schon wurden dort erfolgreiche Tauchversuche unternommen. Das große Kapital, das in diese Unternehmungen investiert wurde, hatte sich stets gelohnt. Man schätzt, daß bisher etwa 3½ Millionen Goldmark geborgen worden sind. Jetzt hat eine Gesellschaft die Tauchversuche wieder aufgenommen, um den letzten und größten Teil des versunkenen Schatzes zu heben.

Vor einigen Jahren wurde ein anderes Experiment gewagt. Hoch oben, an der schottischen Küste, in der Bucht von Scapa-Flow, liegt die deutsche Kriegesflotte auf dem Meeresgrund. Nach dem Waffenstillstande wurden die Großkampfschiffe ausgeliefert und in Scapa-Flow interniert. In der öden und stillen Bucht sollten die Schiffe jahraus, jahrein sich mit den Gezeiten um ihre Ankerketten drehen.

Der deutsche oberflotkommandierende Admiral ließ in einer Nacht die Bodenventile der Schiffe öffnen und die ganze Flotte versank laut- und rettungslos in den Fluten. Die Mannschaft hatte sich vorher in Sicherheit gebracht. Abgesehen von den politischen Folgen dieser Tat, entstand ein ungeheurer Materialverlust. Jedes dieser versenkten Großkampfschiffe war eine schwimmende Fabrik, eine kleine Stadt für sich.

Im Kriege hatten die großen Linienschiffe und Panzerkreuzer durchschnittlich 1000 Mann Besatzung und jedes verfügte über Räumlichkeiten, die in ihrer Vielheit und Wirrnis an das Durcheinander eines Großkaufhauses erinnerten.

Es mag den Laien unsinnig erscheinen, Pläne zu erwägen, diese versunkene Flotte zu heben, um die Millionenwerte irgendwie nutzbar zu machen. Denn die Schiffe sind durch die Strömung völlig verschliffen und es kostet ungeheure Summen, auch nur eines davon zu heben. Man muß sich aber den Riesematerialwert vorstellen, um die Bedeutung der Hebeversuche ermessen zu können. Von den 32 Großkampfschiffen, die in Scapa-Flow versenkt worden sind, hatte jedes einen durchschnittlichen Herstellungswert von rund 50 Millionen Mark. Ja, die zwölf Schiffe der Kaiser- und Königs-

flotte, die größten Linienschiffe, über die die ehemalige deutsche Kriegesflotte verfügte, repräsentieren jeweilige Bauwerte von 60 bis 70 Millionen Mark. Und die großen Panzerkreuzer, die erst im Kriege fertiggestellt wurden, kosteten jeder 80 Millionen Mark. Die Schiffe waren nicht nur mit den modernsten Kriegsgeräten, sondern auch mit hochwertigen Turbinen und Kesselanlagen, nautischen Geräten und Signaleinrichtungen versehen. Die Sachverständigen der britischen Admiralität schätzten nach den ersten Bergungsversuchen den heutigen Materialwert der Schiffe auf rund 3 Milliarden Mark. Der tatsächliche Wert der Schiffe betrug 1½ Milliarden Mark. Die Firma, die die Konzession zur Hebung der Kriegsschiffe erworben hatte, ver sprach sich allein durch Abwracken und Verschrotten einen Millionenerlös.

Die Hebungsarbeiten liefen auf große Widerstände. Viele Schiffe waren gekentert, ehe sie ganz versanken. Manche hatten sich so heillos gelegt, daß erst umfangreiche Tauch- und Schweißarbeiten notwendig waren, um überhaupt mit den eigentlichen Vorbereitungen der Hebung beginnen zu können, und wieder andere waren so verschliffen, daß man kaum an die Schiffskörper herankommen konnte.

Dabei lagen die Schiffe in Meeresfluten, die auch die Taucherarbeiten ungeheuer erschweren und verteuern. Unsere heutigen Tauchvorrichtungen, soweit sie zur praktischen Arbeit unter Wasser wirklich benutzt werden können, lassen ein längeres Verweilen nur in verhältnismäßig geringen Tiefen zu — eine neue Erfindung eines Kölner Tauchers soll diesen Zustand allerdings ändern. In Scapa-Flow liegen die Schiffe so ungünstig, daß eine ziemlich große Zahl Taucher an diesen kurzen Wechselfächeln tätig sein mußte, um die ersten Vorbereitungen zum Heben der Schiffe treffen zu können. Bei den dort vorherrschenden Meeresströmungen und den Tiefen war ein längeres Verweilen unter Wasser unmöglich.

Um die Schiffe zu heben, mußten in erster Linie die Verspannungen der Bodenventile gedichtet werden, dann wurden große Hebetanks versenkt und seitlich an den Schiffskörpern befestigt. Hatte man Trossen und Ketten in genügender Zahl unter die Schiffskörper gezogen, so pumpte man die Tanks leer und hob so allmählich die klobigen Schiffsriesen an die Oberfläche. Welche Lasten dabei zu bewältigen waren, erhellt daraus, daß die Schiffe bis zu 40 000 Tonnen Wasserverdrängung hatten und infolgedessen ebenso schwer waren.

Eines der ersten Großkampfschiffe, das gehoben wurde, war der ehemalige Panzerkreuzer „Hindenburg“. Das Schiff war vorwiegend ein Kriegsbau und hatte nicht weniger als 89 Millionen Mark gekostet. Als es versenkt wurde, hatte es noch nicht drei Jahre auf See gefahren.

Als es gehoben und abgeschleppt wurde, stellte sich heraus, daß durch die Einwirkungen des Seewassers, Triebstoffes usw. der Erlös für das Verschrotten nur um ein geringes höher war als die Kosten — für die Hebung. Aus diesem Grunde wurden vorläufig die Bergungsarbeiten abgebrochen, und die Gesellschaft verzichtete auf die Konzession zur Verschrottung der gesunkenen Flotte. So wird also „Deutschlands Zukunft“, wie Wilhelm II. die Kriegsflotte bezeichnet hatte, auch weiterhin unter Wasser liegen müssen, bis die Zeit gekommen sein wird, wo es mit neuartigen Tauch- und Hebemitteln gelingen wird, auch diese letzten Reste einer versunkenen Zeit zu bergen. W. E.

Rehraus am Ladentisch.

Im augenblicklichen Zeitabschnitt allgemeiner Preislenkung hat der große Inventurausverkauf vielleicht etwas an Anreiz eingebüßt. Gigantische Stoffmassen werden zu zwerghaften Preisziffern angeboten: 600 000 Meter Samt und Seide, 800 000 Meter Wollstoffe, 600 000 Meter Baumwollgewebe, deren Verkaufspreis zwischen einer Viertelmark und einer Mark schwanken. Eine Viertelmillion Taschentücher bilden Pyramiden auf den Verkaufstischen, dekorieren als Ausputz Säulen, Pfeiler und Figuren, ihr Gebührendpreis beginnt bei 7 Pf. Was man für ein Fünfmeterstück einhandeln kann, ist beträchtlich: ein Paar Schuhe oder eine Bettgarnitur, ein modern gearbeitetes Frauenkleid oder einen Knabenanzug, einen Wintermantel oder einen Wollplüschteppich. Wenn man könnte, wie man wollte, wäre diese billige Kaufgelegenheit eine Quelle der Freude, sieht man von dem wenig erfreulichen Zeichen eines bedrohlich gesteigerten Geldwertes ab; auch der Arbeitslöhne all dieser Reicher soll man nicht gedenken. Der total verregnete Sonntag war der Vorhau dieser Herrlichkeiten in den Schauensystemen feindlich gesinnt.

Am Morgen des ersten Verkaufstages tobte der Kampf in den Abteilungen der billigsten Bedarfsartikel; prüfend

wird am Tisch der Kragen „mit kleinen Schönheitsfehlern“, die 20 Pf. kosten, gewählt. Frauen befühlen und betasten Bett- und Küchenwäsche, warme Unterleibung, Strümpfe und Socken sind begehrt, ebenso Pulllover aus reiner Wolle zu Spottpreisen; auch die Konfektion hat schon zu tun.

In einem großen Schuhgeschäft sind alle Stühle besetzt, es warten sogar schon einzelne Nachfolgerinnen; da werden billige ledene Strümpfe erstanden, dort deckt sich eine schon für den Sommer mit zartgelben Schuhen ein, sie sagt sich, wer weiß, ob ich mir dann überhaupt noch was werde kaufen können? Trotz des Matschwetters ist auf den Straßen lebhafter Verkehr, die Frauen dominieren wieder, als die Wunschbefellen der preiswerten Kaufgelegenheit.

Die Räume des hiesigen Generalkonsulats der Polnischen Republik bleiben am 6. Januar 1932 infolge des katholischen Feiertags „Heilige drei Könige“ geschlossen.

Die Kirchenaustrittsbewegung nimmt auch in Berlin ständig zu. Allein zum 1. Januar dürften in diesem Jahre in Berlin rund 30 000 Personen aus der Kirche ausgestiegen sein. Das würde im Vergleich zum Vorjahre eine Steigerung um 5000 Personen bedeuten.



DIE EINZIG RICHTIGE

JUNO

6 STÜCK 20 &

> IHRER GÜTE WEGEN BERLINS MEISTGERAUCHTE CIGARETTE 0/M. <



Notbauten im Welthandel.

Bergeblüher Kampf gegen das Chaos — Neue Kredit- und Reparationspolitik!

Der normale Warenaustausch zwischen den Völkern ist heute weitgehend unterbrochen. Währungsstörungen und Devisenmangelsregelungen in mehr als 20 Ländern und die Abscherrung des internationalen Kredit- und Kapitalverkehrs infolge des allseitigen politischen und wirtschaftlichen Mißtrauens haben die Zollbarrieren erhöht, das System der Einfuhrverbote gestärkt und den Gedanken der „nationalen Selbstgenügsamkeit“ (Autarkie) bis zur Psychose gesteigert. Dabei sind die Völker noch wie vor auf den Austausch angewiesen. Die Versuche häufen sich deshalb, die Einbrüche in das bisherige handelspolitische System der Welt durch den Bau von Notbrücken, die von Fall zu Fall für die Durchführung einzelner größerer Geschäfte errichtet werden, weniger gefährlich zu machen.

Wie wenig solche Versuche bisher gezeichnet haben,

dafür einige Beispiele: Von deutscher Seite wurden die ersten solcher Laufgeschäfte versucht. Man wollte 500 000 Tonnen Ruhrkohle gegen 200 000 Sack Braßilkafee umsetzen. Dem lag der Gedanke zugrunde, daß man auf beiden Seiten die gewaltigen Lagerbestände verringern wollte. Der Plan ist dann ebenso schnell in der Verfertigung verschwunden, wie er aufgetaucht war. Ein ähnliches Laufgeschäft wurde zwischen argentinischen Genossenschaften und einer deutschen Industrie-Gruppe versucht. Nach einem von der argentinischen Regierung genehmigten Plan sollten in Deutschland rund 700 Elevatoren und umfangreiches Verkehrsmaterial bestellt werden; die Gegenlieferungen sollten in Weizen, Reis, Fleisch, Baumwolle und anderen argentinischen Produkten bestehen. Auch von diesem Geschäft wurde nur der Plan bekannt. Mit Jugoslawien sollte auf der Grundlage verhandelt werden, daß Deutschland für 20 Millionen Mark Industrieprodukte liefert, die bisher als Sachlieferungen nach Jugoslawien kamen. Jugoslawien sollte dafür Getreide liefern. Auch aus diesem Plan ist nichts geworden. Gemeinsam war allen diesen Versuchen, unter Ausschaltung von Vorzahlungen zwischen den beiderseitigen Lieferanten und Käufern die Waren direkt zu tauschen und gegenseitig aufzurechnen. Die bisherigen deutschen Erfahrungen rechtfertigen die Erwartung nicht, daß auf diesem Wege auch nur annähernd eine Überwindung der allgemeinen handelspolitischen Spannungen möglich sein wird.

Auch die im Ausland gemachten Erfahrungen rechtfertigen nur pessimistische Auffassungen. Zwischen Brasilien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist ein Austauschgeschäft von 1,28 Millionen Sack Braßilkafee gegen 25 Millionen Bushel amerikanischen Weizens zustande gekommen. Aber nach Eintreffen der ersten Weizenlieferung wurde festgestellt, daß es sich um minderwertige Qualitäten handelt, die Annahme wurde ver-

weigert und das Geschäft kam nicht zustande. Noch nicht abgeschlossen ist ein Laufgeschäft zwischen schwedischen Produktions- und Handelsfirmen und dem persischen Außenhandelsmonopol. Persien hat Aufträge für die Lieferung von Eisenbahnmaterial im Betrag von 2,5 Millionen Dollar erteilt und verhandelt über weitere Aufträge bis zu einem Gesamtwert von 15 Millionen Dollar. Von Persien sollen Früchte, Häute, Wolle, Kupfer, Silberwaren, Tee und Tabak geliefert werden. Die Vertragspartner gewähren sich gegenseitig Einkaufskredite in ihren Ländern; nach Abschluß der Verträge sollen die Beträge gegenseitig aufgerechnet werden. Ferner wollen Polen und Jugoslawien gegeneinander Eisen und Tabak im jeweiligen Wert von 5 Millionen Schweizer Franken tauschen, die Tschechoslowakei will mit Ägypten einen Rohstoffvertrag abschließen, der an die Abnahme tschechischer Produkte, in erster Linie von Zucker geknüpft werden soll. Sie will ferner mit Rußland Laufgeschäfte betreiben, daß Rußland Getreide und die Tschechoslowakei Eisen liefert. Rußland wiederum will mit Chile einen Laufvertrag schließen, durch den Chilekupfer gegen russisches Öl ausgetauscht wird. So mehrten sich auch im Ausland solche Notpläne als weltweite Auswirkungen der Störungen im bisherigen handelspolitischen System.

In dasselbe Gebiet gehören auch alle Pläne, die auf dem Gedanken der Gegenseitigkeit und der Kontingentierung beruhen. Das Neueste auf diesem Gebiet sind die Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland. Von russischer Seite liegt dabei das Bestreben vor, für seinen starken Bedarf an Industrieprodukten in Deutschland eine Absatzsicherung für Agrarprodukte zu erreichen. Bäre Zahlungen sollen durch die Errichtung eines Warenclearings (Warenabrechnung) ausgedehnt werden. Technische Vereinbarungen sucht Rußland auch mit anderen Ländern zu treffen.

Allen diesen Versuchen steht das Merkmal des Notbehelfs viel zu deutlich auf der Stirn, als daß man auch nur einen entfernt ausreichenden Ersatz für den normalen freien Verkehr zwischen den Völkern erwarten könnte. Ein nach so schlechtem System allgemeiner Handelsverträge mit gegenseitiger Restbegünstigung ist und bleibt solchen Versuchen weit überlegen. Daß der Bau solcher Notbrücken aber wieder eingestellt wird, hat zur Voraussetzung, daß das politische und wirtschaftliche Vertrauen in der Welt wieder hergestellt wird. Den größten Unsicherheitsfaktor auf diesem Wege stellen auch jetzt noch die Reparationen und die internationalen Kriegsschulden dar, deren vernünftige Regelung allein auch den internationalen Kredit- und Kapitalverkehr und damit auch die handelspolitischen Beziehungen der Völker wieder in Ordnung bringen kann.

Die Regelung der Zinshöhe.

Vertragsabschluß zwischen den Bankgruppen.

Am Donnerstag soll zwischen den privaten Banken, Sparkassen, öffentlichen Kreditanstalten, Genossenschaften, Arbeiterbanken und Beamten-genossenschaftsverbänden ein Vertrag abgeschlossen werden, der die Grundlage für die zukünftige Zinsberechnung bei Guthaben und gewährten Krediten schaffen soll. Die vierte Notverordnung hatte festgelegt, daß bis zum 31. Dezember ein freiwilliges Abkommen zwischen den verschiedenen Banksystemen zur Regelung und zur Senkung der laufenden Zinssätze getroffen werden soll. Andernfalls hatte der Bankkommissar die Zinsbedingungen für das Reich durch Nachspruch von sich aus festzusetzen. Mit einiger Verspätung wird dieses Abkommen nun am Donnerstag unterzeichnet werden.

Das Abkommen sieht die Errichtung eines zentralen Kreditausschusses in Berlin vor, in dem die genannten Bankgruppen paritätisch vertreten sind. Seine Beschlüsse sind einstimmig zu fassen. Neben dem zentralen Kreditausschuss sollen örtliche Kreditausschüsse errichtet werden. Der Aufbau der Haben- und Debitsätze soll einen Ausgangszins von 4 Prozent bei täglich fälligen Sparguthaben zur Grundlage haben. Bei Kündigungsgeldern darf im allgemeinen der Zinssatz nur 1 Prozent höher liegen. Bei Festlegung der Gelder auf einen bestimmten Tag und bei Mindestbeträgen von 20 000 Mark darf die Vergütung einen Satz von 1/2 Prozent unter Reichsbankdiskont erreichen. Ueber 100 000 festgelegte Gelder dürfen bis zu 1 Prozent unter Reichsbankfuß verzinst werden. Bei kleineren und mittleren Beträgen und bei Genossenschaften ist vorgesehen, daß der Ausgangszinssatz 1/2 Prozent höher liegt.

Die Zinsen für gewährte Kredite (Debitsätze) sollen sich an den Reichsbankdiskont anlehnen. Die Zinsspanne, die darüber liegt, wird von den örtlichen Kreditausschüssen geregelt, die auch Kontrollrechte und Kontrollpflichten haben. Die Spanne soll so festgelegt werden, daß sie sich auf dem gewogenen Durchschnitt des von den einzelnen Bankgruppen gewährten Einlagenzinses aufbaut. Dem Bankkommissar ist in allen Fällen die persönliche und direkte Entscheidung vorbehalten, in denen die zu berufenden Kreditausschüsse nicht zu einstimmigen Beschlüssen kommen.

Gesenkte Stickstoffpreise.

Weitere Verkehrsverbilligungen. — Der Arzneimittelstandal

Das Stickstoffstandal hat seine auf Grund der vierten Notverordnung ab 1. Januar gesenkten Düngemittelpreise bekanntgegeben. Einschließlich der im August 1931 erfolgten Ermäßigung um durchschnittlich etwa 5 Prozent bedeuten nach den Mitteilungen des Syndikats die neuen Preisermäßigungen insgesamt einen Preisabbau von 10 Prozent. Das Syndikat weist darauf hin, daß die zuständigen Reichsbehörden die neue Preisbasis geprüft und für richtig befunden haben.

Der Preiskommissar teilt mit, daß die Hamburger Straßenbahn die Zeitkarten um 10—15 Prozent, die Arbeiterwochenkarten um 15—20 Prozent verbilligt und auch einen billigeren Kurzstreckentarif eingeführt hat. Bei der Dresdener Straßenbahn wurde eine Tariffertung um 10 Prozent durchgeführt.

Der Deutsche Apothekerverein weist in einer Zuschrift an unsere Redaktion darauf hin, daß der in der Arzneitarge festgesetzte Rohwerdienst in Bremen, Hamburg und Schaumburg-Lippe bei dem größten Teil der Arzneimittel seit dem 1. Oktober 1931 bereits um 10 Prozent gesenkt und eine weitere Kürzung für das ganze Reich zum 1. Februar zu erwarten sei. Die Industrie habe schon im Oktober bei einer Reihe von Mitteln Preisankünfte vorgenommen. Die Abgabe der Industrie sei nicht auf Schwierigkeiten mit den Apotheken, sondern auf Verlangen des Reichswirtschaftsministeriums zurückzuführen, daß eine weitere Herabsetzung der Fabrikpreise um 10 Prozent erfolgen müsse. Dieses Verlangen sei unabhängig von der Senkung des Apothekernutzens gestellt worden.

Wir können nicht zugeben, daß die Apotheken ihren Pflichten nachgekommen sind, wenn sie sich auf die Senkung der Arzneitarge berufen. Diese Senkung gilt nicht für das ganze Reich, bezieht sich auch nur auf den Aufschlag und erreicht vor allem nicht das gebotene Maß. Ein Standal bleibt das Verhalten der pharmazeutischen Industrie. Die Reichs- und Landesbehörden dürfen sich mit der ablehnenden Haltung der pharmazeutischen Industrie nicht zufrieden geben.

Stärkere Pfundschwankungen.

Englische Nachfrage oder internationale Abgaben?

Die Beruhigung, die in der zweiten Dezemberhälfte bei der Pfundbeise eingetreten war, hat in den ersten Tagen des neuen Jahres wieder stärkeren Schwankungen Platz gemacht. Am Montag sank der Pfundkurs sogar recht erheblich, und zwar

Die Reichsbank am Jahreschluß.

Der Stützungs- und Hamsterbedarf. — Notenumlauf eher zu niedrig als zu hoch.

Die Reichsbank zeigt zum Jahreschluß, der immer die stärksten Ansprüche von Banken und Wirtschaft bringt, ein relativ günstiges Bild. Die Inanspruchnahme neuer Reichsbankkredite war sehr viel geringer als in früheren Jahren. Nach dem Ausweis vom 31. Dezember hat in der letzten Dezemberwoche der Bestand an Handelswechseln um 403,8 auf 4144,0, der Bestand an Lombarddarlehen um 68,3 auf 244,6 Millionen Mark zugenommen. Es wurden 42,8 Millionen Reichshauptwechsel neu diskontiert, so daß sich die Bestände auf 97,9 Millionen Mark erhöhten. Offenbar war die Vorfrage der großen Banken für Jahresultima aber recht beträchtlich, so daß sich auf dem Geldmarkt keine eigentliche Anspannung zeigte. Ein Zeichen dafür ist die sehr beträchtliche und ungewöhnlich starke Vermehrung der fremden Gelder auf dem zinsfreien Girokonto um 348,2 auf 755,9 Millionen Mark. Freilich ist dabei zu berücksichtigen, daß der Inanspruchnahme von Reichsbankkrediten engere Grenzen als früher gezogen waren, weil die den Banken eröffneten Kontingente schon bisher sehr stark in Anspruch genommen worden waren.

Entsprechend dieser relativ geringen Kreditinanspruchnahme und der starken Rückflüsse auf dem Girokonto nahm auch der Umlauf an Reichsbanknoten verhältnismäßig wenig zu. Der Notenumlauf vermehrte sich um 263,6 auf 4775,8, der Umlauf an Rentenbankscheinen um 8,5 auf 421,9 Millionen. Der gesamte Zahlungsumlauf betrug unter Einrechnung von 1293 Millionen Mark Scheidemünzen und 188 Millionen Privat-

bantnoten 6679 Millionen Mark gegen 6406 Millionen am Ende des Jahres 1930. Gegen Ende November 1931 lag der Zahlungsmittelumlauf nur um etwa 279 Millionen Mark höher. Rechnet man nur den Umlauf von Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen, so ergibt sich zum 31. Dezember 1931 gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres mit 5198 gegen 5217 Millionen sogar ein Rückgang um 19 Millionen Mark. Rein währungsmäßig ist die Entwicklung des Zahlungsmittelumlaufs, wenn man die seit Mitte des vorigen Jahres notwendig gewordenen Bankstützungen und die Schaffung von Flüssigkeitsreserven für die Sparkassen berücksichtigt, von jeglicher Aufblähung weit entfernt. Wenn man sich schon mit der Tatsache abfinden muß, daß rund 1 1/2 Milliarden Reichsbankkredite als Stützungs-kredite immer wieder verlängert werden müssen und daß mehr als 1 Milliarde Reichsbanknoten gehamstert worden sind, dann ist der Umlauf an Zahlungsmitteln gegenüber dem vollwirtschaftlich auch heute gerechtfertigten Umlauf eher zu niedrig als zu hoch zu nennen.

Die Devisenbilanz der Reichsbank ist günstig geblieben. In der letzten Dezemberwoche haben die Goldbestände um 0,9 auf 984,0 Millionen abgenommen; die Bestände an deckungsfähigen Devisen haben sich aber um 2,5 auf 172,8 Millionen Mark erhöht. Die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen zusammen betrug zum Jahreschluß 24,2 Prozent gegen 23,6 Proz. in der Vormoche.

Wegen Überfüllung geschlossen!

So sah es gestern aus
so sieht es heute aus
so sieht es morgen aus
so sieht's die ganze Woche aus

DENN DER ERSTE INVENTUR-

Garantie

ERSTER INVENTUR-
GARANTIE-
AUSVERKAUF DER WELT

Ausverkauf
DER WELT FINDET BEI
Leineweber

STATT!
Außer KAMMGARN-
ANZUGEN für
39.- 49.- 59.-

Schwere WINTER-
MÄNTEL jetzt für
29.- 36.- 44.-

gegenüber dem Dollar von 3,40 auf 3,37½, gegenüber dem Pariser Franken von 87 auf 85,9 und gegenüber der Reichsmark von 14,31 auf 14,18 ½ (Goldparität 20,40 Mark).

Die Ursachen für diese neue Abschwächung des Pfundes sind noch nicht klar. Man hätte um die Jahresende wegen des fälligen Zinstermine für die auswärtigen Kapitalanlagen Englands eher eine größere Nachfrage und dementsprechend einen steigenden Pfundkurs erwarten können als das Gegenteil. Die Vermutungen, daß internationale Abgaben auf den Pfundkurs drücken, dürften weniger zutreffen als die Tatsache starker Käufe der Bank von England, um die Rückzahlung des 30-Millionen-Pfund-Kredits an Frankreich und die Vereinigten Staaten sicherzustellen.

Die Börsenverluste in England.

Eine Jahresübersicht der Finanzzeitschrift „Bankers Magazine“ gibt in einem Rückblick auf 1931 den Wertverlust bei 365 Börsenpapieren mit einem Nennwert von 6,68 Milliarden Pfund mit annähernd 890 Millionen Pfund an. Seit der Börsenkatastrophe in New York im Oktober 1929 sind die an der Londoner Börse gehandelten Aktien im Durchschnitt um 50 Prozent gefallen, während der Wertverlust sämtlicher Börsenpapiere, also auch der Rentenwerte im letzten Jahre, sich auf 14 Prozent stellt.

„Auf dem Stande von 1887“

Die Krise in der englischen Schiffindustrie.

Die Arbeitslosigkeit in der englischen Schiffbau hat im Laufe des vergangenen Jahres katastrophale Formen angenommen. Während des ganzen Jahres 1931 wurden insgesamt nur 101 Schiffe mit einer Wasserverdrängung von 150 000 Tonnen gebaut, während in dem schon sehr schwierigen Berichtsjahr 1930 immerhin noch 249 Schiffe mit insgesamt 530 000 Tonnen gebaut wurden. Nachtraffer kommen die durch die Krise verursachten Zustände in der englischen Schiffindustrie zum Ausdruck, wenn man das letzte Vorkriegsjahr zum Vergleich heranzieht, in welchem 377 Schiffe mit insgesamt 770 000 Tonnen fertiggestellt wurden. An dem Tonnengehalt der Schiffe gemessen ist also der Beschäftigungsgrad der englischen Werft im letzten Jahr auf weniger als ein Fünftel der Leistungen von 1913 gesunken.

Der Präsident des Verbandes der Werftindustriellen in Glasgow erklärte zum Jahresende, daß man bis zum Jahre 1887 zurückgehen muß, um eine Periode zu finden, wo der vorhandene Arbeitsbestand einen derartigen Tiefpunkt aufwies. Heute aber, so erklärte der Präsident, ist die Lage für den englischen Schiffbau ungleich schlimmer als damals, da nicht nur neue Aufträge für die Werften vollständig fehlen, sondern zugleich eine enorme unbenutzte Flotte von schätzungsweise 10 Millionen Tonnen vorhanden ist, die den Werften nicht einmal Reparaturarbeiten zuzulassen läßt. Die bei den englischen Werften im Jahre 1931 begonnene Schiffbautonnage betrug nur noch ein Sechstel der Tonnage des Jahres 1929/30.

Nachdem der Bau des von der Cunard-Linie aufgegebenen Kiefern dampfers von 73 000 Tonnen eingestellt worden ist, obwohl er im Rohbau zu gut zwei Dritteln fertiggestellt ist, beträgt der gesamte Arbeitsbestand der englischen Schiffbauindustrie zu Beginn des Jahres 1932 nur 67 000 Tonnen. (!) Unter diesen Umständen wird von den Werftindustriellen ein scharfer Druck auf die englische Regierung ausgeübt, den aus finanziellen Gründen unterbrochenen Bau des 73 000-Tonnen-Schiffes aus öffentlichen Mitteln zu subventionieren.

Die Konjunkturoffiziellen Werbemasse, die vom 8. bis 15. November vorigen Jahres veranstaltet wurde, hatte trotz der Schwere der Wirtschaftsverhältnisse ein erfreuliches Ergebnis. Bisher läßt sich übersehen, daß 33 400 neue Mitglieder bei einzelnen Vereinen gewonnen worden sind. Die Werbemaßnahmen sind aber noch nicht abgeschlossen. Neue nicht unerhebliche Mitgliederzugänge dürften noch erwartet werden.

Konjunkturforscher im Reichswirtschaftsrat. An Stelle des Direktors Paul Hoffmann ist Direktor Volkmar Kiepsig in Hamburg vom Zentralverband deutscher Konsumvereine als Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats einberufen worden.

Verlängerung der Zeichnungsfrist für die steuerfreie Reichsbahnanleihe. Die nach den bisherigen Bestimmungen mit dem 31. Dezember 1931 abgelaufene Frist für die Abgabe der Zeichnungserklärungen für die steuerfreie Reichsbahnanleihe wird bis zum 1. Februar 1932 einschließlich verlängert. Bei Zeichnungen nach dem 31. Dezember 1931 ist lediglich die erste Einzahlung von 10 Proz. zu entrichten. Die übrigen Teilbeträge und Zahlungszeiträume — je 30 Proz. am 15. Februar, 16. Mai und 15. August 1932 — bleiben unberührt.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Oeffentliche Kundgebung

am Montag, dem 11. Januar 1932, 19½ Uhr
in den Germano-Sälen, Chausseestr. 110 (U-Bahn Steff. Bf.)

Faschismus ist Krieg — Sozialismus ist Friede!

Referent: Reichstagsabg. Arthur Georg Arzt-Dresden

Es wirken mit: Die „Rote Rebellen“ und „Rote Rotte“; Singkreis der SAJ.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Dienstag, 5. Januar:

- 3. Kreis. Arbeiterwohlfahrt. Gewerkschaften im Heim Tilsiter Straße 4-5, 15 Uhr. Genosse Neefe gibt politische Informationen. Anschließend Theater zur Laute.
- 24. Abt. Der angelegentlichste Schallplattenabend für die jüngeren Parteigenossen fällt aus.
- 103. Abt. 15 Uhr im Lokal Trompeter, Luisenstr. 1, Zusammenkunft aller erwerbslosen Genossen und Genossen. Vortrag des Sachverständigen Genossen Reinhold über Stöhlungsfragen. Außerdem musikalische Unterhaltung. Spiele stehen zur Verfügung. Wir ersuchen pünktlich zu erscheinen.

Morgen, Mittwoch, 6. Januar:

- 3. Abt. Arbeitskreis junger Parteigenossen. Lokal Fortit, Gebalkenstr. 28. Ludwig Fischer: Die Aufgaben der jungen Generation.
- 6. Abt. Arbeitskreis junger Genossen. Lokal Dobroslam, Swinemünder Straße 11. Erich Wendt: Die Vorläufer des Sozialismus.
- 11. Abt. Arbeitskreis junger Parteigenossen. Wichtige Zusammenkunft Bremer Straße 69-70. Erscheinen ist Pflicht.
- 17. Abt. 20 Uhr bei Köpcke, Seefischstr. 14. Zusammenkunft junger Parteimitglieder. Referent Genosse Dr. Doustert spricht über: Naturwissenschaft im allgemeinen.
- 18. Abt. Arbeitskreis junger Genossen. Zusammenkunft an bekannter Stelle. Gottlieb Neefe: Der Staat und wir.
- 19. Abt. 20 Uhr Zusammenkunft der Jüngeren-Gruppe in der Schule Götterbuser Straße. Vortrag des Genossen Wüh. Hauth: Die Banken und die Wirtschaftskrise.
- 27. Abt. Volkshilfsstelle, Gleimstr. 35. Zusammenkunft der jungen Parteigenossen. Alfred Rastow: Die Aufgaben der deutschen Arbeiterpartei im Jahre 1932.
- 28. Abt. 20 Uhr allgemeiner Diskussionsabend bei Parteibüro, Wöhrer Gde. Anfechtstr. über: „Religion und Sozialismus“. Leitung: Genosse E. B. Wauer.
- 31. Abt. 20 Uhr Arbeitskreis junger Parteigenossen bei Goldschmidt, Stöhlische Straße 28. Georg Dederer spricht über: Parteiführung. Die Parteiführer haben die in Betracht kommenden Genossen ein.
- 31. Abt. 19 Uhr Abteilungsversammlung junger Parteigenossen bei Damin, Sophie-Charlotte-Str. 88.
- 36. Abt. 20 Uhr Funktionärstagung bei Herff, Kantstr. 62. Sämtliche Funktionäre müssen erscheinen.
- 38. Abt. Vorstands- und Funktionärstagung Kantstr. 4 (Rathshaus).
- 75. Abt. Zusammenkunft der Junggenossen und Genossen um 20 Uhr im Lokal von Reimann, Sedanstr. 17. Referent Genosse Dr. Koch spricht über: Das Heidelberger Programm.
- 83. Abt. Funktionärstagung bei Quenert, Köpenicker Str. 21.
- 84. Abt. Funktionärstagung bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 29-31.
- 90. Abt. Jüngeren-Gruppe. Zusammenkunft im Lokal von Schmeißner, Weidener Gde. Donaustr. Erscheinen aller ist Pflicht, es wird Wichtiges besprochen.
- 124. Abt. Funktionärstagung bei Anders, Behnhoffstr. 34.
- 124a. Abt. 20 Uhr Funktionärstagung bei Oeder, Wilmstr. 18.
- 124. und 125. Abt. Arbeitskreis junger Parteigenossen. Zusammenkunft im Türkischen Hll. Breite Straße 16. Dr. Otto Friedländer: Das Heidelberger Programm und die kommenden Wahlen.

Donnerstag, 7. Januar:

- 7. Kreis. 15 Uhr Zusammenkunft aller erwerbslosen Parteigenossen im Jugendheim Köpenicker Gde. Paul Bernstein: Die distuliese ich mit meinem politischen Gegner (Schluß).
- 12. Kreis. Die regelmäßigen Zusammenkünfte der erwerbslosen Parteigenossen werden ab Donnerstag, 7. Januar, 16 Uhr, in des Volkshilfsstelle fortgesetzt und finden nun auch Dienstags, von 15 bis 16 Uhr, statt. Die nächste Arbeitskreisversammlung junger Parteigenossen ist am Freitag, dem 8. Januar, bei Köpcke, von 19 bis 20 Uhr. Thema: Die wir wir mit den Jungwähler für die SPD. Der Karlsruh Dr. Mächtig. „Samstagsabend und die erwerbslose Arbeiterklasse“ beginnt eine Woche später als vorgesehen, also am 18. Januar.
- 26. Abt. Funktionärstagung bei Busch, Tilsiter Str. 27.

Frauenveranstaltungen.

- 3. Abt. Donnerstag, 7. Januar, 20 Uhr, bei Hübner, Wilmstr. 34. Die Aufgaben der politisch geschulten Frau für die Arbeiterklasse. Referentin: Gertha Gottlieb.
- 103. Abt. Mittwoch, 6. Januar, 20 Uhr, im Stadttheater, Marktplatz. Geburtenregelung. Referent: Dr. Julius Moses, M. d. R. Neuwahlen.
- 126. Abt. Mittwoch, 6. Januar, 20 Uhr, bei Tempel, Feingoldallee 45. Parteieinzelbesprechung.
- 134. Abt. Mittwoch, 6. Januar, 20 Uhr, bei Sonnen, Schönower Gde. Parteieinzelbesprechung. Referentin: Genossin Jalkar. Neuwahlen.
- 136. Abt. Donnerstag, 7. Januar, 20 Uhr, in der Lindauer Straße. Parteiverb.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

- 13. Kreis Tempelhof, Marienhof, Marienstraße, Schützenstraße. Die Stühlmachen sind bis spätestens 9. Januar abzurufen bei der Genossin Gertraud

Schloß, Tempelhof, Braunshewiger Ring 22. Nicht abgemerkte Karten gehen als verkauft.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Die Arbeitsgemeinschaft wird voraussichtlich am Freitag, dem 15. Januar, in der Beschäftigtenkantine, Genosse Darius und Tagesordnung werden noch bekanntgegeben.

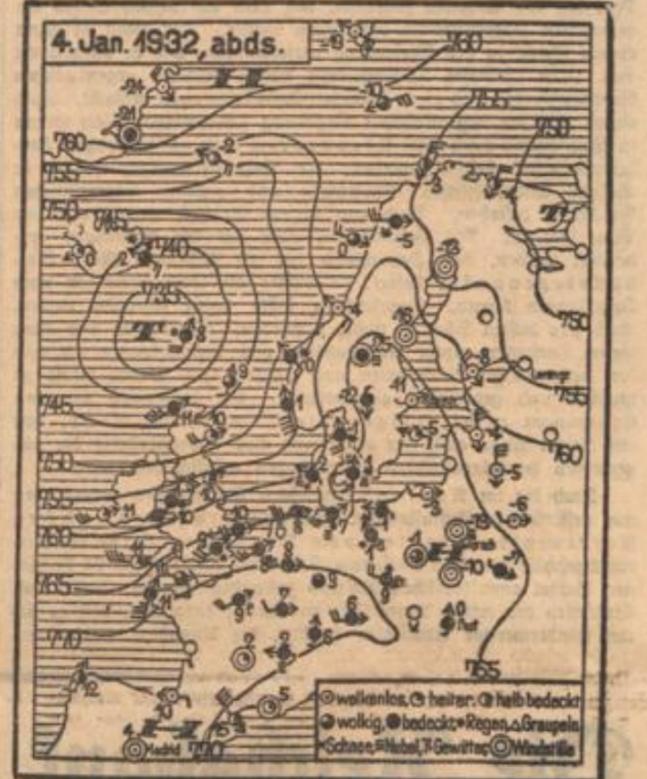
Kreuzberg, heute, Dienstag, kommen alle Jungfrauen und Roten Falten um 17 Uhr zum Faben nach der Bernauerstraße 15 Pl. mitbringen.

Tempelhof, heute, Dienstag, im Heim Alsenstr. 7, pünktlich 17 Uhr Fallensammlung. Erscheinen aller Falten ist Pflicht.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 66. Abt. Nach 36jähriger treuer Mitgliedschaft ist unser Genosse Friedrich Krennde verstorben. Erhe seinem Andenken. Einäscherung heute, Dienstag, 5. Januar, 17½ Uhr, im Krematorium Baumshuldenweg. Wir bitten um rege Beteiligung.
- 47. Abt. Unser Genosse Anton Rosenfeld ist am 31. Dezember verstorben. Erhe seinem Andenken. Einäscherung heute, Dienstag, 5. Januar, 18½ Uhr, im Krematorium Baumshuldenweg. Wir bitten um rege Beteiligung.
- 102. Abt. Am Sonnabend, dem 2. Januar, verstarb an Lungenschlag der vielen Berliner Genossen bekannte Genosse Galtwitz Hermann Drogmann, Baumshuldenweg, im 40. Lebensjahre. Genosse Drogmann, Sohn des im Jahre 1911 verstorbenen Landtagsabgeordneten Drogmann, war in jungen Jahren hervorragend in der Arbeiterbewegung und später in der Gewerkschaftsorganisation tätig. Auch die Parteiorganisation und das Reichsbanner vereinten einen erprobten und bewährten Genossen, der sich jederzeit für unsere Partei einsetzte. Die Parteiorganisation und das Reichsbanner werden dem Verstorbenen am heutigen Tag, Dienstag, 18 Uhr, vom Trauerhause zum Krematorium das Ehrengeleit geben. Trauerfeier Donnerstag, 7. Januar, 17 Uhr, Krematorium Baumshuldenweg. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Allgemeine Wetterlage.



Auch heute zog sich quer durch Mitteleuropa eine starke Wetterseide. Sie folgte ungefähr dem Laufe der Elbe. Westlich davon war es bei westlichen Winden sehr mild. Die Temperaturen stiegen bis auf 11 Grad Celsius. Im übrigen Reich war es kalt. Besonders in Ostdeutschland herrschte Frost. Hier kam es wie auch an der Ostsee zu Schneefällen, die die hier vorhandenen Schneedecken noch verstärkte. Ausgedehnter Druckfall über Skandinavien und Nordwesteuropa läßt ein zwischen England und Island befindliches träftiges Tief nach Nordosten vordringen. Damit werden die ozeanischen Westwinde die Kaltluftgrenze nach Osten zurückdrängen. Somit ist für die nächste Zeit wieder mildes Wetter in Aussicht.

Wetterausichten für Berlin. Trübe und regnerisch, sehr mild, westliche Winde. — Für Deutschland. Im westlichen und mittleren Teile des Reiches mild und meist bewölkt, namentlich an der Küste und im Gebirge noch Regenfälle. Auch im Osten allmählich ansteigende Temperaturen mit Niederschlägen.

Wer spart richtig?

Jeder, der Standard Betriebsstoffe kauft, denn sie sparen Reparaturen, und Reparaturen sind bekanntlich keine Pfennigrechnungen.

QUALITÄT ENTSCHEIDET! SPARE DURCH: STANDARD

... die Marke, zu der die ganze Welt Vertrauen hat.



PREISSENKUNG:

Ab 1. Jan.

Lanella MARGARINE
1 lb 70 63 3
1/2 lb 35 32 3

PALMIN
1 lb 70 63 3
1/2 lb 35 32 3

Hans Jenkner: Komödiantenrequiem

Im Frühjahr 1929 wurde der Charakterpieler des Stadttheaters nicht mehr reengagiert. Künstlerische Bedenken lagen nicht vor. Im Gegenteil: er stand bei Presse und Publikum gut angeschrieben; aber man „sparte“ ihn ein.

Mit 100 Mark und dem Berechtigungsschein zum Stempeln fuhr er nach Berlin. Angehörige besah er zum Glück nicht: es würde schon so kaum reichen. Schlafstille genügt. Am nächsten Morgen bleichschräges Aussehen, nimmt den guten hellen Anzug aus dem Koffer; wird der noch einmal misshandelt? Vor Herbst schmerzlich; und dann? Die Kusmispapiere in die eine Tasche, in die andere Bilder und Kritiken, auf die doch keiner was gibt.

Arbeitsamt. Vierundachtzig warten vor ihm, sich mappend gegen eine See von Plagen... jetzt finge die Probe an — 2½ Jahre Restfrist; da mußte man wenigstens jeden Augenblick kann's aus sein. — Papiere vorlegen — Fragebogen ausfüllen; Stempel. Immer neue Gesichter; ein Kollege: „Serous, wie geht's auch hier?“ — Hästest den Winter mehr nutzen sollen, dran denken, daß Schluß sein kann. Statt dessen hast du gehofft, Stempelbruder Nummer soundsoviel. „Größ Gott, ja, da tamma halt nig mach'n. Na, Hals- und Beinbruch.“ Wie öde und hoffnungslos das ist. — Endlich abgefragt. Weiter.

Die Raisonne brennt zum Hahn. Frühstückszeit. Ach was, sparen, sparen, wer weiß, wie lang das dauert. — Fast Haus an Haus liegen die Agenturen. Neue bekannte Gesichter. Man reißt sich zusammen. Wer freut sich hier an den guten Bewegungen, wer beklagt die Gezeiten? Seht spielt man sich selbst; eine undankbare Rolle, eine Burzen... Bis auf die Treppenture stehen sie. Anmeldung, Papiere. Eine Lust wie in der Putschhalle. Halb- laute Gespräche behäben und verdecken nicht die gierige Furcht. Krampfhaft lebendige Gesichter. Viertelstunden versichern. Das Lachen klingt falsch; tunstoll angelegte Sätze werden heruntergeplappert. Die „muntre“ Raibe hat trübe verhungerte Augen: „Ach laure hier drei Wochen jeden Tag, und nichts tut sich.“ Der rundliche Komiker reißt seit Stunden Miße, auf die kein Mensch mehr hört. „Reine Frau liegt zehn Wochen im Krankenhaus“, schleppi sich eine dunkelschwere Stimme von Wort zu Wort. Eine Tür geht auf: „Bedauere, Herrschaften — vielleicht übermorgen.“ Totentanz.

Jeden Tag: aufstehen, gut anziehen. Stempeln. Warten auf den Agenturen, herumirren in der staubigen, lärmenden, sonnenheißen Stadt. Den Kollegen weicht man aus, dem Renommiereren mit den Bombenerfolgen. Auch Kuffenklapp ist nur Narren- tänche. Unerträglich die langen hellen Abende. Das Spiel steckt in den Nerven, reizt sie zur Wundheit. Theaterfreikarten kosten unerschwingliches Geld. Manche verlangen das Brauen; er kann's nicht; verflöhnt die tostarre Zeit.

Ein Monat ist um. Agenturen; stempeln: heut an dem Ende der Stadt, morgen an dem. Untertassigergeschimpf prallt gegen verquälte abstumpfende Gesichter. Graulich wirken die guten Anzüge zu den ausblutenden Köpfen. Selbst unentwegt Bergnützte haben, genau gesehen, angstverzerrte Fragen. Samstagabend Stempeln im Kleinbürgerhotel. Das eingestrichene Vorurteil gegen die Schauspieler, die Nichtsteuer, peitscht johndende Zurufe aus den Fenstern. Er brüllt gegen die hämischen Biester: „Über einen Rüchstein um den Hals, statt so zermahlen zu werden.“ Ein höllengehauene zur Antwort. Nachts schreit er auf in Traumqualen. Unter Mühlsteinen hat er gelegen. Die fahren herunter wie Schraub- sägeln: zwei Riesensägen pressen die Faust in unentrinnbarer mahlender Drehung. Die Brust zersplittert ihm. Blut schießt über sein Narrenkleid. Aber er hat nicht sterben können.

Noch diesem Traum erlebt er keinen ganz gesunden Tag mehr. Seine Kunst, sein Spielhunger verkümmert, verdürrt. Als er Monate später nach fünf Stunden Warten endlich zum Vorgesprechen kommt, erschüttert sein Spiel vor Schwäche: Mißerfolg. Bängst haben die Theater angefangen. Ein paar tausend ausgeblutete Harlefine zuviel, er und die anderen Ueberlebenden: warum bringt man uns nicht um? Ein Tenor, Kerl mit Götterstimme, ist ins Wasser gegangen, eine tomsche Witte hat sich vor dem Zug geschmissen. Was da wohl noch tomsch ist? Die schöne Koloraturfängerin steht jetzt an der Strafengasse und girt ums Abendengagement. Freitags, den die verlogenen Saiten als Selbstmord versemten haben? Eine Feigheit, zu der ihm aller Mut fehlt. Solange da drinnen noch was hofft, macht man eben mit. — Ab November gibt's weniger Geld: Krisenfürsorge. Es ist zu wenig — es sind zuviel. Und wo noch Frau und Kinder mitspielen.

Unruhe durchsiebert ihn. Blödsinnig hocht unter dem Herzen der Einsatz, müßig: Ausweg finden. Welchen? Winterreise, Komödi- antenirrsahrt, ganz allein. Besser im Graben erfrieren als so von innen her abzustehen.

Mit einem aufgeschauten Sinn für Reklame sucht er den Ver- weisungsplan auszumünzen. Unsonst. Sein Untertassigungsan- spruch blüht aus. Macht nichts? Die Dumpfheit versiegelt. Vogel- freiwild. Ein Kunde, ein Gauller, geht auf die Walze, ins Un- gewisse, um sein bißchen Kunst zu retten. Dorfstöter und Bandjäger über die. Und Gottes Rundhorizont. Er trägt sein Schicksal auf dem Rücken und pfeift mit dem Wind um die Wette, daß er die Stadt des Absterbens hinter sich hat. Der Winter meint es gut mit dem Strohsäufser. Geschwürer — aber er bezahlt mit Kunst- hler Schnurren, da eine betbe Szene, Märchen für die Kinder. Einer verlangt sogar Schiller.

Er spielt sich wieder ein, findet Essen, Strohhölzer und Groschen, die haß das Einsparen verlohnen, studiert alte Rollen in Kopf und Blut neu. Wenn er erst wieder auf der Bühne spielt, soll es das Leben selbst sein. Zwischendurch Briefe, Anfragen. Die Agenten schweigen sich aus. Städte meiden er: Stolz des Föhrenden. Boden- mäßigkeit der Landstraße.

Gesetzt kommt er zum Frühjahr zurück ins Millionenland, freie Luft in den Lungen; hofft wieder, antichambrieren, martel geduldig. Ist empfindlich geworden gegen falsche Löhne, gegen alles Gemachte. Beim Vorgesprechen verwickelt ihn der bewußte Abstand in Unsicherheit. Der Agent schüttelt den Kopf, der Intendant hört an dem neuen rechten Ton vorbei. Wieder ein Sommer, wieder fängt der Winter an. Und die Rot hat sich verdoppelt.

Der Einsatz, die ersöhnende Selbstbefreiung schlägt um in Routine, in Gemesse. Das Junstgefühl nimmt ihm die Lust. Er spart für die Theaterstädte, stellt sich vor, bestellt — verärgert, kunstkunfroh — um geregelte Beschäftigung. Ueber dem verliert er die Sehnsucht, ohne das Untertommen zu finden.

Ganz aus dem Lot, fährt er zurück. Louert in der neuen Einheitsagentur, nörgelt, zerreißt sich an den Widerständen. Denn zehntausend schnappen noch dem Strohhalm, zehntausend Komö- dianten unter vier Millionen Heillosen.

Die endlosen Sommertage quälen, wie damals. Aber mit kräftefressender Selbstsucht gelingt es ihm wenigstens, seine Kunst ans Ufer zu retten. Mit hoffnungsloser Liebe klammert sich die Sehnsucht an jeden Reigen Theater. Immer reiner leuchtet die Kunst in ihm, fugenlos verschmelzen jetzt Erlebnis und Rück- erinnerung. Wie ein Schwindsüchtiger fühlt er sich zugleich weniger und mehr werden. Schmerzen kommen; der Atem stockt. Darunter kommt es auf: nur einmal noch spielen.

Eines Nachts spuckt er Blut. Hat keine Furcht mehr; nur Befreiung von den Schlägen.

Der Winter 1931 geht ein. Das letzte ist verkauft oder verlehrt: zur letzten Fahrt. Die Sehnsucht treibt ihn von Dorf zu Dorf und weiter, bis er schließlich in einer Stadt vor dem Bühneneingang steht, aus dem die alte zauberische Luft in die munden Lungen dringt. Das Heimatgefühl reißt ihn hoch. Wie ein Dritter hört er Fragen und Bericht: die alten Löhne, seine eigene hustengeschüttelte Sprache. Dann ein erwartungsbanges seltsames Ausruhen, während der Vofalverband herät. Noch einmal legt sich die Bergweisung mit Mühlsteinlast auf den matten Körper. Trohdem, er sorgt sich nicht mehr. Man ruft ihn. Das Mühlrad läuft wunderbar. Er sagt nur, daß er bleiben darf. Sie sammeln für ihn. „Natürlich hierbleiben, als unser Gast.“ „A. G.“ lacht er und läßt die Glückstränen laufen. „Und spielen?“ „Spielen — das hängt vom Allen ab. Notverordnung. Wir sind um 50 Proz. gekürzt. Proben suchte — gewiß. Und das große Los kommt schon mal.“ („Armer Teufel“, sagt der Obmann, „soll er wenigstens in den Seelen sterben.“)

Probe um Probe, Abend um Abend sibt einer mit fiebernd sehnsüchtigen Augen in der Kulle und kann sich nicht sattrennen. Was er kennt, spricht und spielt er mit, lernt neue Rollen nach, greift überall zu, sibt in der Garderobe und durchlebt zwischen Aufstehen und Einschlafen die erkämpfte Glückseligkeit. Selbst die Nächte ermatten ihn höchstens. Die Qual hat aufgehört.

„Dear“ wird geprobt. Er versinkt in den begnadeten Neben- rollen: Kent, Albanien, Rarr. Er nimmt sie in seinen Schlaf hin- über und träumt das Seltsame: daß die Mühlsteine, von den Riesensägen gewandt, ganz auf ihn gepreßt liegen. Sein Blut fließt mit jedem Atemstoß von ihm über das bunte, rot über- stückte Kleid, das Narrenkleid: Lears Rarr ist er. Der Traum muß Schicksal bedeuten. Von Stimmen gehört, lernt er die Rolle. Keine Anweisung, keine Stellung entgeht ihm auf der Probe. Blind könnte er der Schlaghatten des Narrenspielers sein.

Generalprobe vorüber. Er fieberfieber Ungehört entgegen. Die anderen sprechen es der Krankheit zu.

Premiere. Wie ein vergittertes Tier raßt er eine Stunde zuvor durch die Plure. Aufregung: die Nachricht, daß der Darsteller des Rarren plötzlich schwer erkrankt ist. Er glüht auf: „Laßt mich spielen, nur heut.“ Beratung. Der Intendant ist einverstanden. Zitternd: „Bitte, bitte, werd' ich angezündigt? Das einemal?“

hockt vor einem Spiegel. Sie schenken ihm Schminke. Er zieht den Geruch ein so tief er kann, frechheit die Kappe, läuft in die Dekorations, tappt von Kuffe zu Kuffe. Mit großen entrückten Augen sieht er das erste Bild, laugt sich mit all seinem Schicksal voll. Spürt die Mühlsteine auf der Narrenbrust: nun ist der Traum erfüllt. Leben und Kunst klingen ineinander.

Austritt. Keiner vor und hinter der Rampe, der die Trance des Rarren nicht übergroß fühlte. „Paß mich ihm auch dinge; hier ist meine Kappe.“ „... Warum, mein Kind?“ fragt Lear. „Warum? Weil du es mit einem hästst, der in Ungnade gefallen ist.“ Seine Echtheit reißt die anderen mit. Selten ist so wenig „Theater“ gespielt worden wie in dieser Lear-Aufführung. Die Narrenspäße stöhnen vor Rot. Lears Schlaghatten, nichts weiter; und doch ver- flutet hier ein Schicksal. Er höhnt Lear und leidet daran; er lästert Goneril und trifft sich selbst damit. Aufschluß. Beim Abgehen zittert er; sie drücken ihm die feuchtkalten Hände. Er krümmt sich vor Husten. „Ach — fühle — jetzt wird alles — gut“, leuchtet er.

Zweiter Akt. Das Leid wird mächtig über ihn. „Fortuna, die arge Hur, tut auf den Reichen nur“, hämmert er Lear ins Gesicht. Und Kent heult er mit Mühlsteinenschwere an: „Wir wollen dich zu einer Armeise in die Schute schicken, um dich zu lehren, daß es im Winter keine Arbeit gibt.“ Ein grauenhaftes Gemissen, hegt er umher und reißt sich die blutigen Wahrheiten aus der Seele: Stumm leidet er mit Lear, wehrt sich, fällt zusammen. Der Beifall ist erst gelähmt. Dann rufen sie immer wieder den Rarren und erschrecken vor seinen jenseitigen Augen.

Dritter Akt. Lear und Rarr auf der Heide. Es scheint natür- lich, daß der Rarr von Lears Wahnvision ängstlich und still wird. Trohdem bangt alles um die Kreatur, die Narrenabschied hält: „Wenn der Wig nur schwarz und gering bestellt, hopp heißa bei Regen und Wind, der fuge sich still in den Lauf der Welt, denn der Regen, der regnet jeglichen Tag.“ Ein Krampfkrampf; er wölcht das Blut vom Mund ab, fauert auf einem Verlassnis bis zum letzten Auftritt. Während des Narrengerichts über Goneril peinigen ihn alle Qualen. Dann steht er halb zurückgewendet, Tränen über der Narrenmaske: „Und ich will am Mittag schlafen gehn.“ Noch in der Kulle kommt ein entsetzlicher Anfall. Sie holen den Theaterarzt, wischen die Schminke ab, ziehen ihm das Narrenkleid aus. Aber davon weiß er nichts mehr.

Nach zwei Tagen ist die Beerdigung. Selten hat es soviel bittere Trauer, soviel leidliche Nachrufe gegeben wie um den un- bekannten Komödianten. Am Grab schließt Lears Stimme: „Nie- mals können wir dich vergessen, denn dein Kampf ist unser Kampf. Das Leben müstest du lassen. Dem Besten, die Kunst, hast du mit dir genommen. Du bist erfüllt. Uns bleibt — die Rot.“

Erna Büßing: Neu-Spanisches

Das feierlich gravitätische Benehmen der spanischen Adligen war einst zum Spott der ganzen Welt bekannt. Und vom spanischen Hofzeremoniell wußte man, daß es der Gishouch war, der jede freizeitliche Bewegung verderben ließ.

Als der österreichische Thronfolger, selbst schon von tödlicher Kugel getroffen, seine Frau zusammenstürzte (ah, steht er: „Stirb nicht.“ Das waren seine letzten Worte, dann nahm der Tod sie beide hinweg. Nach diesem Doppelmord ging bekanntlich die Welt in Flammen auf. Bei der Aufbahrung der beiden Erschossenen aber mußte der Sorg der unebenbürtigen Frau niedriger stehen als der Sorg des Thronfolgers. Als das aus reiner Gefühlsaufwallung heraus von normal empfindenden Menschen über vermerkt wurde, ward in einer Begründung dergelagt, daß das spanische Hofzeremoniell auf diese rein höfliche Etikettenfrage Einfluß gehabt habe. Nun, die Revolution erlöste die Höchstdienern von der Etikette und das Volk von den Höchsthöheren.

Spanien jedoch erstreckte noch weiter in Hofzeremoniell, und es war so dumme, daß selbst Alfons der Letzte sich zuweilen durch einen kräftigen Wig aus der ungeziemigen Situation zu ziehen versuchte. Dann ging auch über Spanien der Sturmwind der Erneuerung. Wir wissen, Spanien wurde eine Republik. Es zerfielen ein paar Küster und unerfährliche Kunstwerke in Staub und Asche. In jeder stöhrenden Wochenschau raded der spanische Präsident mit großer Besinnung. Und neuerdings verlieh die spanische Republik ihren ersten Orden. Den bekam, das kommt uns spanisch vor, die Tängerin Argentina. Der Präsident der Republik verlieh ihn ihr höchst eigen- händig. Das war eine schöne Geste, die einer schönen Frau galt. In Spanien braucht im allgemeinen eine Künstlerin nicht viel zu können, sie muß nur schön oder die Angedehnte eines berühmten Eiertämpfers sein. Doch der Orden der Tängerin ist nicht der kühnste Streich der Republik. Dient doch in der spanischen Armee ein Hauptmann Iffra-Diaz. Der machte in einer Schrittpause, als er sich den Schweiß von der Stirn wischte und das Kommando

„Vormärts“ erscholl, die Entbedung, daß man ein Pferd allein mit den Schenkeln dirigieren kann. Er überprüfte seine Wahrnehmung in der Reithahn, und siehe da, sein Pferd ging ohne Zügel. Er ritt hohe Schute ohne Kopfschutz, er machte ein zweites Pferd fertig, und dann fuhr er, als offizieller Reiter der spanischen Armee, mit seinen Pferden „Morisco“ und „Autorizade“ (regelrechten Truppen- gäulen) von Turnier zu Turnier. Die illustrierten Zeitungen aller Länder waren gepflastert mit seinen Bildern. Da packte Captain Bertram B. Mills der Ehrgelz, den Hauptmann Iffra für die Olympia zu engagieren. In der Olympia spielt nämlich Mills noch Weltnachten bis Januar und stillt damit den Jirkushunger der Londoner für ein ganzes Jahr. Für den Logenplatz zahlte man dort 20 Mark nach deutschem Gelde und noch mehr. Man sieht in der Olympia die besten Kunnern aus der ganzen Welt. Und es ist die Sehnsucht eines jeden Kritiken, im Weltnachtsprogramm der Olympia in London zu glänzen. Im Vorjahre schrieb Bertram B. Mills an den spanischen Hauptmann Iffra und hat ihm eine Bage, die man, selbst wenn man sich Augen und Ohren wachrieb und hernach noch vor Staunen den Mund aufsperrte, ihrer ganzen Bedeutung gemäß nicht fassen konnte. Man sagt, es wäre nicht einmal eine Antwort nach London gekommen. Müßig oder schadenstrotz schmunzelten die Eingeweihten.

In diesem Jahre eröffnete wieder Bertram B. Mills mit einem fabelhaften Programm und einem riesigen Festessen, an dem ein selbsthätiger Tiger und ein selbsthätiger Prinz teilnahmen. Wobei natürlich dem Tiger eine weit größere Kunnernsarbeit gezwoll wurde als dem Prinzen. 6000 Personen saß der Zirkus, jeden Tag ist er gepropft voll, und eine Programmannektur bestrittelt, das kommt uns wieder spanisch vor, der Hauptmann Iffra-Diaz, und zwar mit der Erlaubnis des spanischen Höchstkommandierenden und ohne irgendwelche Beanstandungen der spanischen Armee.

Das Spanien von heute hat also nicht nur eine neue Ver- fassung, es hat, was ja eigentlich noch wichtiger ist, neue Ansichten.

Kurune: Der Hundertmarkschein

Von Zeit zu Zeit muß ich meinem Pensionssachbar Zimmer- ling den Hundertmarkschein borgen, den ich mir gespart habe. Zimmerling kommt bescheiden lächelnd in mein Zimmer, spricht über das Wetter, über die ungenügende Heizung in den Zimmern, und dann fragt er mich unermittelt, während er sich die Hände reibt, ob ich ihm für eine halbe Stunde den gesparten Hundert- markschein borgen könnte.

„Für eine halbe Stunde?“ frage ich jedesmal wieder erstaukt. Er schwört, daß ich den Schein in einer halben Stunde un- verfehrt zurückerhalten würde.

„Lun Sie mir den Gefallen!“ bittet er.

„Ja, aber...“ werbe ich noch ein.

Da ich ihn schon lange kenne, und er außerdem Besitzer einer guten Bibliothek ist, aus der ich mir hin und wieder einen Band leiche wie Zimmerling den Hundertmarkschein von mir, erfülle ich schließlich immer wieder seine Bitte. Jetzt ist es mir bereits zur Gewohnheit geworden. An jedem Monatsende fann ich seinen Besuch in dieser Angelegenheit erwarten. Ich frage nicht, wozu er den Schein braucht. Ich bin zufrieden, wenn ich ihn in einer halben Stunde unverfehrt zurückerhalte.

Ein merkwürdiger Mensch, mein Pensionssachbar Zimmerling. Einmal ließ er sich wieder hundert Mark von mir, aber ich hatte den Schein selbst angreifen müssen. Ich konnte ihm nur kleinere Scheine und Silbergeld geben.

„Genügen nicht achtzig?“ fragte ich, während ich ihm das Geld aufzählte.

„Ach, nein, bitte nicht!“ jagte er nerads.

In einer halben Stunde aber brachte er mir zu meiner großen Ueberraschung einen Hundertmarkschein zurück. Später habe ich erfahren, daß er mit dem Geld zur Post gegangen ist, um es gegen einen Hundertmarkschein einzulösen.

„Nun! Zimmerling!“ jagte ich.

„Diesen Dank!“ lächelte er und zog sich in sein Zimmer zurück. Wertwürdiger Mensch, mein Pensionssachbar Zimmerling.

Gestern kam er wieder zu mir. Ich gab ihm einen neuen Hundertmarkschein, den ich für Weltnachten zurückgelegt hatte. Aber nach einer halben Stunde nicht wiederkam, war Herr Zimmerling. Dabei wußte ich ihn in seinem Zimmer. Ich hörte, wie er drüben auf und ab ging und laut mit sich zu sprechen schien.

Darauf klopfte ich energisch bei ihm an und trat in sein Zimmer. Er kam verlegen auf mich zu. „Entschuldigen Sie, ich wollte eben zu Ihnen kommen.“

Ich sah mich in Zimmer um und entdeckte auf dem Tisch eine Menge Lebensmittel, Zigaretten, eine Flasche Wein.

„Mir ist etwas Fruchtbarees passiert, ich wage gar nicht, Ihnen dieses Beständnis zu machen.“

„Im Gottes Willen!“ fuhr ich auf, „Sie haben doch nicht etwa meinen Hundertmarkschein verloren?“

„Nein“, antwortete er, „aber ich habe diesmal wechseln müssen. Der Kaufmann hat genügend Kleingeld gehabt.“

„Ich verstehe das alles nicht, mein Lieber!“ jagte ich unge- duldig.

Er machte eine Arme-Sünder-Wiene und klärte mich über den Hundertmarkschein auf. „Sie werden begreifen, daß ich manchmal für zwei, drei Tage, so kurz vor dem Ersten, wenn der Wechsel unterwegs ist, ohne einen Fennig bin. Da habe ich die Erfahrung gemacht, daß man mit einem Hundertmarkschein einkaufen kann, ohne sofort bezahlen zu müssen. Entweder haben die kleinen Ge- schäftsteile nicht genug Wechselgeld in der Ledertasche oder der Laden steht voll Kundshaft. Da schreiben sie den Betrag lieber an, falls Sie bekannt sind. Sehen Sie, das ist doch bedeutend ange- nehmer, als sagen zu müssen: Können Sie mir vielleicht auf Kre- dit haare schneiden oder ein halbes Pfund Leberwurst geben?“

„Nur heute habe ich Vesh gehabt. Sind Sie mir böse? Ich schulde Ihnen genau 12,50 Mark.“

Der verbreitetste Kalender der Welt ist der chinesische Almanach, der von der Staatsdruckerei in Peking in acht Millionen Exemplaren herausgegeben wird. Dem Chinesen bedeutet dieser Almanach ein unerschließbares Orakel, an dessen Angaben und Rat- schläge er blindlings glaubt.

IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN:

AUSVENTUR AUSSVERKAUF

PREISE TEILWEISE BIS ZU 75% HERABGESETZT

Verkauf sowohl Vorrat Beginn 4. Januar Mengenabgabe vorbehalten

Damen-Wäsche

Trägerhemden mit Stückerel. Stück jetzt **0,45**
 Milanese-Schlüpfer a. T. mit kleinen Fehlern, Stück jetzt **1,45**
 Unterkleider Charmeuse, mit Garnierung, gute Qualität, Stück jetzt **1,95**
 Bettjackchen Wolle, gehäkelt, Stück jetzt **2,95**

Ein grosser Posten
angestaubter Wäsche
 darunter elegante Seiden- u. Bemberg-Waschkunstseiden-Einzelstücke
enorm billig!

Herren-Artikel

Oberhemden weiss, gute Qualität, früh. St. bis 3,50, jetzt **2,35**
 Schlafanzüge aus gestreift. Flanell, mit Verschnür, früh. St. bis 6,50, jetzt **4,90**
 Selbstbinder Serie I bis III, reise, Seide, Stück jetzt **0,30** bis **0,68**
 Stehmuldekragen u. Eckenkragen, Mako-fach, St. jetzt **0,28**
 Halbstiefe Krage, Stück jetzt **0,24**

Strümpfe

Damen-Strümpfe Baumw. oder Seidenfaser, od. Herren-Socken, Fantasieform, mit Kunstseidenfäden, Paar jetzt **0,26**
 Damen-Strümpfe künstliche Wascheide, od. Herren-Socken, reine Wolle, gestreift, Paar jetzt **0,58**
 Damen-Strümpfe Bemberg, künstliche Wascheide, feinstädig, Paar jetzt **0,85**

Trikotagen

Damen-Schlüpfer mit angerauchtem Futter, teilweise mit Kunstseidenfäden, Stück jetzt **0,75**
 Damen-Schlüpfer Kunstseide mit angerauchtem Futter, gute Qualität, Stück jetzt **1,08** bis **1,35**
 Damen-Schlüpfer reine Wolle, gestreift, mit Strickbund und Rand, Stück jetzt **3,25**
 Prinzessröcke für Damen, Kunstseide mit angerauchtem Futter, besond. gute Qualität, Stück jetzt **2,95**

Regenmäntel 4,90

für Damen, aus Gummi.....Stück jetzt

Wollkleider 9,75

gute Qualität, hübsche Formen, Stück jetzt

Morgenröcke 0,95

Stück jetzt **2,95** bis **1,50**

Blusen · Wollwaren

Damen-Pullover Original Wien, reine Wolle, früher Stück 8,90, jetzt **5,90**
 Russenwesten für Damen, reine Wolle, mit moderner Bordüre, früh. St. 9,75, jetzt **6,90**
 Damen-Blusen aus Kunstseide, Chinette, m. Krawatte, lange Aermel, früh. St. 8,90, jetzt **4,90**
 Damen-Blusen aus reiner Seide, Crêpe marocain, früher Stück 14,75, jetzt **9,75**

Damen-Schuhe Wildleder mit Lack kombiniert, Paar jetzt **4,85**
 Herren-Sportstiefel schwarz und braun, mit Zwischensohle und wasserdichtem Futter, Paar jetzt **8,75**

Rest- und Einzelpaare

z. T. über die Hälfte im Preise herabgesetzt!

RESTE und Abschnitte

von Stoffen verschiedener Art
ganz aussergewöhnlich billig!

Kleiderstoffe

Woll-Crêpe de Chine gross-Farbrortiment f. Mtr. bis 1,45, jetzt **0,88**
 Flamingo einfarbig und bedruckt, Wolle mit Kunstseide, schwere Kleiderware, früher Meter bis 3,90, jetzt **1,90**
 Afghanistan ca. 130 cm breit, einfarbig, schwere Qualität, viele Farben, früher Meter bis 4,50, jetzt **2,75**
 Bouclé Diagonal ca. 130 cm breit, apart gemustert, dankbare Qualität, früher Meter bis 4,90, jetzt **2,85**

Wollmusselin mehrfarbige Druckmuster, hell- und dunkelgrünlich, früher Meter bis 1,68, jetzt **0,68**

Seide und Samt

und Kunstseidenstoffe

Velour Royal praktisch Kunstseidengewebe, aparte Druckmuster, Mtr. jetzt **0,95**
 Crêpe Georgette Kunstseide, schönes Muster, Meter jetzt **1,65**
 Fulgurant hochglänzend, Kunstseidengewebe, moderne Muster, Meter jetzt **1,65**
 Crêpe marocain schwere Kunstseidenware, feine Muster, Meter jetzt **2,85**
 Crêpe Mongole schwere reine Seide, schwarz u. neue Farben, Meter jetzt **3,60**

Baumwollstoffe

Waschkunstseide viele Muster, Meter jetzt **0,28**
 Baumwoll-Musselin moderne Druckmuster, Meter jetzt **0,36**
 Façonné Kunstseide, bedeutend unter Preis, früher Meter bis 1,25, jetzt **0,48**
 Douppion gute Waschkunstseide, pastellfarben, früher Mtr. bis 1,75, jetzt **0,78**
 Bemberg-Waschkunstseide grosse Auswahl, früher Meter bis 1,95, jetzt **0,95**

Wäschestoffe

Rein Mako für feine Leibwäsche, Meter jetzt **0,32**
 Wäschetuch besonders gute Qualität, Meter jetzt **0,48**
 Dimiti Kissenbreite, Deckbreite, Meter jetzt **0,42** bis **0,65**
 Haustuch gute Strapazierware, volle Leinwandbreite, Meter jetzt **0,78**

Ausserdem: Dienstag und Mittwoch

BILLIGE LEBENSMITTEL!

HERMANN TETZ

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Gastwirt

Hermann Borgmann

am 2. Januar im 50. Lebensjahr plötzlich verstorben ist.
 Im Namen der Hinterbliebenen

Clara Borgmann, geb. Scholz
 Baumschulenweg, Baumschulenstraße 89

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 7. Januar, um 17 Uhr im Krematorium Baumschulenweg, Kiehlholzstraße, statt.

Am Neujahrmorgen verstarb nach langem schweren Leiden unser Vorstandsmitglied, Herr

Friedrich Rennecke

im 66. Lebensjahre. Der Verstorbene war 37 Jahre unser Mitglied und gehörte dem Kassenvorstand 23 Jahre an.

Vorstand, Verwaltung und Angestellte verlieren mit dem Verstorbenen einen bereitwilligen Berater und Helfer, einen Mann von ausgesprochenem Gerechtigkeitsinn, der nahezu vier Jahrzehnte mit großer Liebe und Energie für die Interessen der Kasse, im besonderen der Versicherten gewirkt hat. Schmerzfüllt stehen wir nunmehr an seiner Bahre. Seine treue Mitarbeit sichert ihm ein dauerndes Gedenken.

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 5. Januar, 17^{1/2} Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiehlholzstraße, statt.

Vorstand und Angestelltenrat der Ortskrankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe zu Berlin.

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 12 Pf. (Freitag 7 Pf.)
 Tagesanw. wöch. für 60 W. (Freitag 40 W.)
 15 Pf. W. mit mehr als 15 Buchstaben zahlen für zwei W.

Verkaufe

Exzellenz Kaffee, Kolonialwaren, etc.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig attraktive Reagenzien, etc.

Musikinstrumente

Violin, Gitarre, etc.

Unterricht

Conter-Schulung, etc.

Wäschereien

Reinigen, etc.

Vermietungen

Zimmer, etc.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige

Den Mitgl. Walter Nürnberg

geb. 24. Mai 1890, am 2. Januar gestorben ist.

Friedrich Rennecke

Sein Wirken für die Kasse wird ihm bei uns ein dauerndes Andenken bewahren.

Einsegnung am Dienstag, dem 5. Januar, 17^{1/2} Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiehlholzstraße.

Walter Nürnberg

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!